Kleser, Hans

Preisrückgang und Goldwährung

Köln

1885

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

332
Z
v 90

Kleser, Hans
Preisrückgang und goldwährung; beiträge zum verständniss der wirtschaftlichen lage und der wahrungsfrage... Köln, DuMont, 1885.
viii, 82 p. $22\frac{1}{2}$ cm.

Vol. of pamp.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11-20-97 INITIALS: JP

TRACKING # : 29784

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Preisrückgang und Goldwährung.

Beiträge

zum Verständnis der wirtschaftlichen Lage und der Währungsfrage unter besonderer Berücksichtigung von Industrie und Landwirtschaft

von

Dr. Hans Kleser.

„Mit der Entwicklung des Reichtums wird das minder edle Metall durch das edlere aus der Function des Wertmaßes verdrängt."

Karl Marx.

„... Dagegen würde der Weltmünzbund, wie ihn der Bimetaltismus voraussetzt, eminent freihändlerisch wirken."

Dr. **Otto Arendt**
(Vertragsmäßige Doppelwährung).



Köln, 1885.
Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Druck von M. DuMont-Schauberg.

[illegible] Statistik om Guld- [illegible]

En [illegible] Bemerkning om [illegible], som [illegible]

[illegible]

Preisrückgang und Goldwährung.

Beiträge

zum Verständnis der wirtschaftlichen Lage und der Währungsfrage unter besonderer Berücksichtigung von Industrie und Landwirtschaft

von

Dr. Hans Kleser.

> „Mit der Entwicklung des Reichtums wird das minder edle Metall durch das edlere aus der Function des Wertmaßes verdrängt."
>
> Karl Marx.

> „... Dagegen würde der Weltmünzbund, wie ihn der Bimetallismus voraussetzt, eminent freihändlerisch wirken."
>
> Dr. Otto Arendt (Vertragsmäßige Doppelwährung).



Köln, 1885.
Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Druck von M. DuMont-Schauberg.

Bengtz Statistik om Guld- og Sølvproduktion

Et Par Bemærkninger om Pengenes Værdi, som er min helt [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] nogle rigtige

---

[illegible]

Preisrückgang und Goldwährung.

Beiträge

zum Verständnis der wirtschaftlichen Lage und der Währungsfrage unter besonderer Berücksichtigung von Industrie und Landwirtschaft

von

Dr. Hans Kleser.

„Mit der Entwicklung des Reichtums wird das minder edle Metall durch das edlere aus der Function des Wertmaßes verdrängt."

Karl Marx.

„. . . Dagegen würde der Weltmünzbund, wie ihn der Bimetallismus voraussetzt, eminent freihändlerisch wirken."

Dr. Otto Arendt
(Vertragsmäßige Doppelwährung).



Köln, 1885.
Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Druck von M. DuMont-Schauberg.

Vorbemerkung.

(Zur Lage.)

Mit tiefem Bedauern muß es jeden Freund einer gedeihlichen Entwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens erfüllen, wenn er wahrnimmt, mit welcher Verbissenheit die Untersuchung über die so außerordentlich wichtigen Fragen nach dem Rückgang vieler Preise und den Wirkungen unserer neuen Münzwährung auf unser wirtschaftliches Leben zu einer einseitigen Parteisache gemacht wird. Wenn man hin und wieder die leidenschaftlichen Ausfälle liest, mit welchen gegen unsere Währung als ein teuflisches Werk des Cobdenclubs und seiner Anhänger angegangen wird, so sollte man glauben, nur Liberale und Freihändler, Manchestermänner und Mitglieder des Cobdenbundes hätten für die Einführung der Goldwährung gestimmt, nicht aber bis auf eine oder zwei Ausnahmen der ganze deutsche Reichstag. Statt Gründe aufzustellen, aus welchen zwingend hervorgeht, daß die Goldwährung Schäden gebracht habe und daß die Doppelwährung Segnungen

bringen würde, begnügt man sich damit, zu eifern, daß man in der heutigen Zeit unter dem Zeichen der nationalen Wirtschaftspolitik sich noch immer nicht entschließen könne, das letzte Bambergersche Werk, die Goldwährung, zu zerstören. Mit starken Worten bescheidet man uns, wo sehr starke Gründe ins Feld gestellt werden müßten, und weil man außerstande ist, eine einzige der für die Doppelwährung vorgebrachten Behauptungen gegen die unabweisbaren Einwendungen zu verteidigen, verschweigt man die Einwendungen und türmt Behauptung auf Behauptung.

Es ist ein arger Mißbrauch, die Doppelwährung auf den Wagen der Wirtschaftspolitik zu laden; die verdientesten Förderer der letztern sind entschiedene Gegner der Doppelwährung. Wenn Herr Bamberger wirklich ein ebenso verboster wie berechnender Gegner der neuen Wirtschaftspolitik ist, so kann ihm nichts so erwünscht sein, als daß die Doppelwährung in diese neue Wirtschaftspolitik eingeschmuggelt und als ein organisches Glied derselben hingestellt würde. Wenn es überhaupt eine Möglichkeit gibt, in absehbarer Zeit einen Sturm gegen die neue wirtschaftliche und sociale Reichspolitik aufzubieten, so ist es nur die, daß die Doppelwährung zur neuen Wirtschaftspolitik geschlagen würde. Die Doppelwährung würde in ihren Folgen alsbald einen Sturm heraufbeschwören, der, einigermaßen geschickt geleitet, nicht nach Wiederbeseitigung der Doppelwährung Halt machen, sondern gegen das ganze Gebäude angehen würde, von welchem die Doppelwährung nur als ein Teil hingestellt wird. Will man Herrn

Bamberger und seine Richtung wieder die Lage beherrschen lassen, so führe man die Doppelwährung ein.

Es ist in Wahrheit ein gefährliches Spiel, das man treibt. Man stellt sich so, als könnte der schlimmste Fall bei Einführung der Doppelwährung der sein, daß die von ihr erhofften Segnungen ausblieben; in Wirklichkeit aber liegen die Dinge anders: die erwarteten Segnungen würden nicht nur ausbleiben, sondern statt ihrer würden sich Uebel und Störungen einstellen, die uns der socialen Revolution im Innern sehr nahe und von unserer wirtschaftlichen Machtstellung in der Welt tief herunter brächten.

Je mehr ich die Frage studire, der ich mich nun seit zehn Jahren widme, und je mehr ich die fast sichern wirtschaftlichen und socialen Gefahren erwäge, die sich an eine im Gefolge der Doppelwährung bei uns zu erwartende — mindestens vielfach befürchtete — Münzverschlechterung anschließen würden und die sich hauptsächlich in der massenhaften Kündigung von Darlehen, Hinaufschrauben des Zinsfußes, Massenbewegung der socialdemokratischen Arbeiter um Lohnerhöhungen, Bestürmung der Gesetzgebung um Erhöhung der Gehälter, Sinken des Wertes der Staatsschuldverschreibungen äußern würden, um so weniger begreife ich es, wie man an den einsichtsvollen leitenden Stellen mit der bimetallistischen Begehrlichkeit liebäugeln konnte, statt sie zu bekämpfen. Es scheint, daß man sich über die Ziele wie über die Herkunft der Bewegung, die allerdings von den wenigen Wissenden im bimetallistischen Lager sorgsam verhüllt und verschwiegen werden,

bisheran hat täuschen lassen. Möchte endlich die Gefahr erkannt werden!

Ich stelle in nachstehender Abhandlung nochmals die wichtigsten Erwägungen zusammen, welche sich gegen die Versuche der Bimetallisten, unsere Währung zu zerstören, aufdrängen. Ich möchte den Männern, die das Wohl des Volks zu wollen erklären, dringend raten, die gegen ihre Behauptungen vorgebrachten Bedenken zu widerlegen, statt einfach die Behauptungen, ohne auch nur einen Versuch des Beweises, immer und immer wieder vor den Laien zu wiederholen und an Kraft des Ausdrucks zu ersetzen, was an Beweisen fehlt.

Hätte sich die bimetallistische Bewegung auf der Stufe wissenschaftlicher Erörterung gehalten, statt auf die Gasse zu gehen und sich an die Massen zu wenden, so hätte ich nachstehende Abhandlung zu schreiben unterlassen und mich darauf beschränkt, auf die vortrefflichen neuern Arbeiten von Nasse, Soetbeer, Geffcken, Bueck, Launardt, vor allem auf das vorzügliche, in neuer Auflage soeben erschienene Werk von Knies: „Geld und Credit. I. Teil. Berlin, 1885, Weidmannsche Buchhandlung" hinzuweisen. Knies' Werk allein müßte Deutschland, wenn es noch ernst und besonnen wäre in großen Dingen, vor weiterer bimetallistischen Beunruhigung bewahren.

Ich bin ein großer Feind von Wiederholungen, und Männer, die meinen Bemühungen, unser Land vor den Gefahren einer Münzrevolution zu bewahren, ihre Teilnahme schenken, haben mir wiederholt erklärt, ich sei

nicht weitläufig genug. Das trifft vielleicht auch diese Schrift; wenn ich aber nur in den knappen Ausführungen, die ich mache, klar genug bin, so habe ich Warnungskreuze genug an den bimetallistischen Irrweg gesteckt, um Einsichtige und Wohldenkende von dem Betreten desselben abzuschrecken. So lange die deutschen Bimetallisten an ihrem einst so feierlich aufgestellten obersten Satze festhielten: „nicht ohne England", war die Gefahr für uns gering; die Klugheit der Engländer, die allerdings gern sähen, wenn wir unsere Währung zerstörten, und damit die Weltherrschaft der Sterlingwährung auf immer verbürgten, hätte in diesem Fall für uns mitgesorgt. Nachdem aber die deutschen Bimetallisten auch ohne Anschluß Englands die Doppelwährung verlangen, sind sie in Wirklichkeit eine Gefahr fürs Land geworden.

Zur Ergänzung meiner Schrift möchte ich noch auf eine zu Anfang dieses Jahres erschienene Abhandlung aufmerksam machen, die an den damals beim Reichstag eingebrachten Antrag Kardorff-Leuschner und dessen Begründung anlehnte und sich mit den damaligen wesentlichsten Behauptungen der Bimetallisten befaßt; die Schrift lautet: „Währungs- und Wirtschaftspolitik von Dr. Hans Kleser. Köln, 1885. Verlag der M. DuMont-Schaubergschen Buchhandlung." Die Leser jener ältern Schrift, zu der die vorliegende nur eine Ergänzung bildet, mögen der Eile, mit welcher jene ältere Schrift im Druck gefördert werden mußte, um noch vor der Beratung des Antrags Kardorff ausgegeben werden zu

können, einige Druckfehler zu gut halten, die ich nachstehend verbessere:

Seite 47 Zeile 15 lies: Geld statt: Gold; Seite 64 Zeile 6 lies: 1 Gulden statt: 2 Gulden; Seite 70 Zeile 4 lies: Verwerflichkeit statt: Vortrefflichkeit; Seite 79 endlich ist in der 9. Zeile von unten das Komma in sinnverkehrender Weise versetzt worden; es muß dort heißen: „die mit 100 bezahlt wurden auf Grund der Goldwährung, auf 70 sinken infolge der Geldfabrication."

Alle Anzeichen deuten darauf, als ob die Bimetallisten selber das Gefühl hätten, daß es der letzte Sturm auf unsere Währung ist, zu welchem sie sich, nach so vielen Niederlagen, zu rüsten noch Kräfte zur Verfügung haben; möge er mit aller Entschiedenheit abgewiesen werden, das würde sichere Bürgschaft sein, daß er der letzte gewesen.

Köln, im November 1885.

Dr. Hans Kleser.

Der Rückgang der Preise.

Seit langer Zeit ist keine Frage des öffentlichen und allgemeinen Wohls in den großen europäischen Staaten so lebhaft erörtert worden, wie die nach dem Umfange, den Ursachen und den Wirkungen des Rückgangs der Preise der meisten und wichtigsten Verkehrsgegenstände. Namentlich in England, Frankreich und Deutschland haben die berufenen und die sich für berufen ansehenden Männer diese Frage untersucht, die einzelnen Zweige der Erwerbsthätigkeit haben die Ergebnisse dieser Untersuchungen aufgegriffen und je nachdem sie sich geschädigt fühlten, bald dieses, bald jenes Mittel vorgeschlagen, dem Uebel abzuhelfen.

Auch die Frage, welchen Anteil die Münzwährung eines Landes an dem durchschnittlichen Preisstande habe, ist grade in den obengenannten Ländern leidenschaftlich in die Besprechung gezogen worden, und man kann heute sagen, daß in Deutschland die anfänglich vorwiegend wissenschaftlich und gelehrt aufgetretene Behauptung, die neue deutsche Reichsgoldwährung sei ein Fehler gewesen und Deutschland hätte besser gethan und thäte jetzt noch besser, sich den

Doppelwährungsländern zuzugesellen, nur noch in denjenigen Kreisen geteilt und vertreten wird, welche meinen, durch eine Aufwärtsbewegung der Preise könne ihnen geholfen werden, und eine solche werde die Doppelwährung im Gefolge haben.

Prüfen wir die Thatsache.

Es muß zugegeben werden, daß, wenn wir vom Jahre 1850 ausgehen, die Preise der meisten und allgemeinsten Verbrauchsgegenstände bis zum Jahre 1873 eine Bewegung nach oben zeigen, sodaß der Durchschnittspreis von den 300 wichtigsten Gegenständen, im Jahre 1850 zu 100 angenommen, im Jahre 1873 in ziemlich regelmäßiger und stetiger Steigung auf 140 angekommen war, um von da ab ebenso beständig und anhaltend auf 110 (vielleicht noch etwas tiefer) im Jahre 1885 zu sinken.

Diese Thatsache wird in ihrer allgemeinen Erscheinung allseitig zugegeben: die Preise stehen heute kaum höher als im Jahre 1850 und durchschnittlich um 15 bis 20 Hundertstel niedriger als im Jahre 1873.

Um aus dieser Thatsache richtige Schlüsse zu erhalten, muß man vor allen Dingen nicht außer acht lassen, daß in der Zeit von 1850 bis 1875 der allgemeinen Preissteigerung auch die Preise für die Arbeit und die notwendigsten Verpflegungen der Arbeiter folgten, ja, in größerm Schritt gingen, als die Preise der Arbeitserzeugnisse. Tages- und Wochenlöhne, Pachtsätze, Wohnungsmiete in den großen Arbeitsgegenden und alsbald (infolge Wegströmens ländlicher Arbeiter in die Städte) auch auf dem Lande, Kleider, tägliche Nahrungsmittel und (was viel zu wenig beachtet wird) Steuern und Abgaben haben sich seit 1850 bis 1873 bedeutend erhöht und sind, im Gegensatz zu fast sämtlichen übrigen Gegenständen, inzwischen gar nicht oder doch nur unwesentlich gefallen.

Dieser Umstand macht grade die Lage der durch den Preisrückgang hauptsächlich betroffenen erzeugenden Kreise doppelt unerquicklich. Insbesondere klagen die Landwirte und die meisten auf große Fördermengen und darum zahlreiche Arbeiter angewiesenen Industriezweige darüber, daß einerseits die Löhne, die Pachten und die Steuerlasten im ganzen seit 1873 unverändert geblieben seien, während anderseits die Preise für die durch die Arbeiter dem Boden oder den Maschinen abgewonnenen Güter stetig fielen.

Wir gehören nicht zu denjenigen, welche hierin unbedingt einen volkswirtschaftlichen Fortschritt erkennen möchten. Im allgemeinen ist ja allerdings zu wünschen, daß der Arbeitslohn einen möglichst hohen Teil von dem Arbeitsgewinn ausmache, und es ist ein Glück zu nennen, daß der Arbeitslohn sich eine zeitlang von dem Rückgang der allgemeinen Güterpreise unbeeinflußt erhält. Allein auf die Dauer muß der Rückschlag auch die Arbeitslöhne ergreifen, und dann wirkt er gradezu verderbend, da er nun unaufhaltsam alle diejenigen kleinen kaufmännischen Kreise erfaßt, die dem Arbeiter unmittelbar den Lebensunterhalt liefern, und von hier aus zurück auf immer größere kaufmännische Unternehmungen zurückwirkt. Es ist ein Segen, daß der Rückgang der Erwerbsziffern im ganzen langsam von oben nach unten wirkt und sich erst zuletzt bei den allerschwächsten wirtschaftlichen Wesen, den Arbeitern, fühlbar macht; äußert er sich aber einmal hier, so wirkt er dann mit schneller Verheerung von hier nach oben zurück, indem er sofort alle Kreise erfaßt, die vom unmittelbaren allgemeinen Verzehr leben.

Eine dritte Reihe der Bevölkerung ist hierbei außer Betracht gelassen: das ist die Classe der nicht thätig an der Verzehrs-Gütererzeugung Beteiligten, es sind die von ihrem Besitz oder ihren Ersparnissen und die von festem,

nicht vermehrbarem Gehalt Lebenden; die Rentner und die eigentlichen Beamten aller Art. Von den Rentnern sind hier diejenigen nicht gemeint, die ihre Gelder in den Dienst der Industrie gestellt haben und je nach den Erträgnissen der letztern höhere oder geringere Einkünfte beziehen; ebensowenig von den Beamten diejenigen in der Industrie angestellten, deren Einkommen zu einem wesentlichen Teil in Beteiligungen an den Erträgnissen der Industriezweige, denen sie dienen, bestehen. Diese Rentner und Beamten gehören zu den Erwerbsclassen. Im engern Sinne versteht man und verstehen wir hier unter Rentnern und Beamten diejenigen Personen, die auf ein bestimmtes, nicht vermehrbares Einkommen aus den festen Zinserträgnissen, Pensionen, Lebensrenten, Jahresgehältern, Soldbezügen angewiesen sind.

Der Vorteil dieser Personen nun ist dem der im engern Sinn erwerbenden, der mit Vorzug sogenannten productiven Classen entgegengesetzt. Steigen die Preise aller Lebensmittel, so sinkt ihr Lebenswohlstand (standard of life), da sie für dieselbe Menge Geldes, über die sie verfügen und die sie nicht vermehren können, weniger Lebensmittel — im weitesten Sinne des Wortes — erwerben können, als bei allgemein niedrigen Preisen. Sinken dagegen die Preise, so steigt ihr Lebenswohlstand, und es kann sehr wohl dahin kommen, daß vorzugsweise diese Kreise der Rentner und Beamten es sind, die der fortschreitenden Preiserniedrigung an einer gewissen Stelle Halt zu gebieten vermögen. Volkswirtschaftlich dürfen sie ebensowenig außer acht gelassen werden wie die erwerbenden Classen im engern Sinne. Schon ihre große Zahl und die ungeheure Capitalsumme, welche die von ihnen bezogenen und verzehrten Renten darstellen, bedingen ihre hervorragende, weitreichende Wichtigkeit im Gesamt-Volkshaushalt,

und es ist ein arger Irrtum und Fehler, wenn einige Volkswirtschaftslehrer sie als Bürger zweiter Classe behandeln; bilden sie doch die wesentliche Menge der Verzehrer.

Die Ansicht, daß niedriger werdende Preise unter allen Umständen ein Glück seien, wird heute kaum noch unbedingt Anhänger haben. Es liegt auf der Hand, daß überkommener Besitz oder eingerichtete Anlagen Eigentümer und Pächter zugrunde richten müssen, wenn die Preise der durch den (ländlichen) Besitz oder die (gewerblichen) Anlagen erzielten Güter dauernd sinken, nicht nur unter das Maß der bei dem Erwerb oder der Anlage vorhandenen und vernünftigerweise als dauernd angenommenen Ertragsfähigkeit, sodaß die Rente stetig sinkt, sondern sogar unter die eigentlichen Hervorbringungskosten, sodaß die Rente schwindet und Zubußen und Verluste an ihre Stelle treten. Daß solche Zustände nicht auf sehr lange Zeit andauern können, ist ja gewiß, denn die Besitzer solcher Anlagen werden zwar alsbald durch Verkürzung der Arbeitslöhne ihre Verluste zu verkleinern suchen; allein das geht nur eine zeitlang, es folgt Beschränkung des Betriebs und schließlich Einstellung desselben und teilweiser Verlust des Anlagewertes (Bankerott).

Ich stehe nicht an, zuzugeben, daß in vielen Zweigen des Erwerbes heute schon infolge der stetigen Preisverschlechterung die Gefahr des Zusammenbruchs nahe bevorsteht; daß die Preise vieler Güter auf einem so niedrigen Standpunct angelangt sind, daß sie eine volkswirtschaftliche Gefahr bedeuten. Wäre diese Gefahr durch eine Aenderung unserer Währung zu beseitigen, so müßte unsere Währung schlechterdings in diesem Sinn geändert werden.

Es würde ein Versehen sein, wenn bei Feststellung der Thatsache unerwähnt gelassen würde, daß auch Preis-

erhöhungen neben den allerdings die Regel bildenden Preisrückgängen zu verzeichnen sind. Diese Erhöhungen sind nicht nur bei einzelnen oder, genauer ausgedrückt, bei vereinzelten Gütern eingetreten, sondern — und das ist das wichtigste — sie sind allgemein zu verzeichnen bei dem Preise der Arbeit und der unmittelbaren Verwertungen der Arbeit. Die gewöhnlichen Tagelöhne haben sich durchweg auf der bedeutenden Höhe gehalten, die sie in den ersten siebziger Jahren erstiegen, die Beamtengehälter im Staatsdienst wie im Privatdienst, die Häusermieten, die zubereiteten Lebensmittel, die Kleidungsstücke (abgesehen von den ganz gewöhnlichen Kleidern) sind entschieden nicht im Preise gesunken, sondern durchweg gestiegen, was glücklicherweise bewirkt hat, daß die niedern und die Geschäftsclassen im gewöhnlichen Sinne ihre Verzehrsbedürfnisse bis jetzt nicht zu beschränken brauchten.

Wesentlich betroffen sind von dem Preisrückgange bis jetzt die Landwirtschaft und die mit ihr unmittelbar zusammenhängenden Gewerbe, die Großindustrie und der Bergbau, und zwar — was wohl zu beachten — gleichermaßen in allen Ländern der Erde.

Die Ursachen der Preisrückgänge.

Die vornehmlichste Ursache der Preisrückgänge auf so vielen Gebieten der Erwerbsthätigkeit ist die Ueberproduction. Dieser Satz hat heute die Bedeutung einer Redensart. Seine Wahrheit in dieser allgemeinen Form wird ernstlich von niemand geleugnet; sie beweist aber zur Erklärung des Weichens aller Preise so wenig, daß beispielsweise auf dem Gebiete des Währungsstreites die Anhänger der bestehenden Goldwährung alle Anträge der Doppelwährungsleute mit dem Hinweis abthun, daß ja die Ueberproduction an den gegenwärtigen Schwierigkeiten Schuld trage, während die Bimetallisten ihrerseits die Doppelwährung verlangen, um aus der schlimmen Lage gerettet zu werden, welche die vorhandene Ueberproduction ihnen bereite.

Wir werden demnach den Gründen der Ueberproduction selbst näher treten müssen.

Bei dem Streben aller Gewerbtreibenden, möglichst viel Geld zu verdienen, ist es natürlich, daß sich die meisten Hände nach denjenigen Erwerbszweigen ausstrecken, in

welchen am meisten verdient wird; namentlich wenn Aussicht vorhanden ist, daß dieser Verdienst ein dauernder sein werde, weil der Verbrauch ein bleibender ist. Der Bau und die Herstellung unterirdischer Telegraphenkabel blieben von größerer Concurrenz verschont, weil der Bedarf nur ein vorübergehender, in der Hauptsache ein einmaliger war; die einfache Drahtfabrication für gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke rief eine größere Wettbewerbung hervor, weil der Verbrauch ein größerer und länger dauernder ist; die Erzeugung von Rohzucker lockte eine noch größere Mitbewerberschaft ins Leben, weil hier der Verbrauch sich immer wieder erneuert und steigert. Nun kann es aber bei neuen Anlagen oft lange Zeit dauern, bis weitere Kreise erfahren, mit welchem Nutzen sie arbeiten; auch gibt es Betriebe, die durch ein ihnen eigenes geheimes Verfahren bei der Herstellung ihrer Erzeugnisse vor Wettbewerb geschützt sind. Diese beiden Hauptumstände zur Einschüchterung der Concurrenz sind in jüngster Zeit fast gänzlich weggefallen.

Es gibt seit einiger Zeit kaum eine Art von Massenerzeugung, die nicht auch durch Actiengesellschaften betrieben wird, die zur Veröffentlichung ihrer Gewinn-Ergebnisse gesetzlich gehalten sind, und es gibt heute bei unserer vorgeschrittenen Technik nur noch sehr wenige eigentliche Fabricationsgeheimnisse, die nicht durch erlaubte Nachahmung oder Ersatzmittel erreicht und bekämpft werden könnten.

Das aber ist noch nicht die Hauptsache; es gehört zur Anlage eines größern Betriebes ein nicht unbedeutendes Capital. Wo das nicht vorhanden ist, schwindet jede Voraussicht, gegen ein bestehendes Werk mit Aussicht auf Erfolg aufzutreten. Voraussetzung einer jeden Ueberproduction ist eine übermäßige Geldflüssigkeit, ein großer Reichtum an verfügbarem Capital. Und in dieser Hinsicht muß von der hinter uns liegenden Zeit gesagt werden, daß jede einigermaßen Erträgnis versprechende industrielle Anlage sofort Capital in jeder Höhe zur Verfügung bekam. Und so massenhaft und willig strömte das Geld den Erwerbsanlagen zu, daß viele derselben nur in dem Umstand ihre Ertragsfähigkeit begründet sahen, daß sie durch die Massenerzeugung mit ganz kleinem Nutzen arbeiten konnten, um dennoch Gewinn abzuwerfen. Wer nicht die Augen vor den Thatsachen verschließen will, der wird die Hauptursache der vorhandenen Ueberproduction in der Menge des sich an die Industrie herandrängenden Capitals erkennen müssen.

Die Menge des zu ihren Diensten gewesenen Capitals hat unserer Industrie die Ueberproduction und darum die augenblickliche Notlage gebracht, nicht umgekehrt der Mangel an Capital.

Die großcapitalistische Productionsweise nun, die meist in der Form von Actiengesellschaften auftrat, mußte vor allem darauf bedacht sein, ihre Herstellungskosten zu verringern durch Anlage großer Fördermaschinen, Oefen von riesigen Größenverhältnissen, Herstellung billiger und schneller Verkehrsanlagen. Das mußte dann seinerseits wieder ein Sinken der Preise herbeiführen, da man den größern Productionsmengen entsprechend sich einen größern Markt verschaffen mußte.

Wie das alles sich nun im Inlande entwickelte, genau so und teilweise in viel schnellerm Fortschritte gestaltete es sich im Auslande, das seinerseits, um seine Uebererzeugung los zu werden, auch unsere Märkte überflutete.

So kamen denn also die ungeheuren Preisrückgänge in allen Massengütern, als da sind: Erze aller Art, Eisen, Draht, Stahl, Maschinen, Kohlen, Salpeter, Mineralöl,

Zucker, als natürliche Folge der gesteigerten und billigern Förderungs- und Herstellungsweise.

Ganz denselben Ursachen entstammt in der Hauptsache der beispiellose Rückgang aller landwirtschaftlichen Güter: Kaffee, Reis, Baumwolle, Getreide, Rüböl, Spiritus und was damit unmittelbar zusammenhängt. Auch hier hat die bereitwillige Zuströmung des Capitals (sie mag freilich nicht immer in lauterster Absicht stattgefunden haben) zunächst zur Folge gehabt, daß der maschinelle Betrieb billigern und stärkern Anbau im Inland ermöglichte. Das darf nicht übergangen werden, wenn es auch nur wenig ins Gewicht fällt, gegenüber der infolge Zuwendung des Capitals zur Anlegung besserer Verbindung, Ermöglichung billigerer Frachten und Einrichtung größern Betriebes ins Unerwartete gestiegenen Mehrerzeugung des Auslandes, insbesondere Rußlands, Indiens, Americas und Australiens. Bei dem Umstande, daß Deutschland in guten Jahren fünf Sechstel seines Bedarfs an Getreide selber gewinnt, in mittelmäßigen Jahren immer noch vier Fünftel, braucht man, um die stetige Verschlechterung der Getreidepreise zu erklären, wahrlich nichts anderes in Betracht zu ziehen, als die ungeheuren Mengen, um welche die Getreideproduction in Rußland, America, Indien und Australien zugenommen hat, und zwar zugenommen über den dortigen Bedarf hinaus. Indien führte im Jahre 1870 noch so gut wie gar keinen Weizen in England ein, 1877 aber schon 6 Millionen, 1883 sogar über 11 Millionen Centner; Rußlands Getreide-Ausfuhr bezifferte sich im Jahre 1882 auf 321 Millionen Rubel, diejenige Nordamericas auf 209 Millionen Dollars.

Neben der billigern und vermehrten Herstellung wirkt aber noch ein weiterer Factor sehr wesentlich auf die Preisbildung bei den Gütern; das ist die Verallgemeinerung und die Oeffentlichkeit des Marktes.

Für jede Ware von allgemeinerm Verbrauch ist heute allüberall Markt: Weizen, Roheisen, Salpeter, Petroleum, Rüböl, Wolle, Baumwolle werden an allen größern Börsen, also in allen größern Städten der fünf Weltteile jeden Tag angeboten und gehandelt und in jeder dieser Städte weiß man genau, wie der Preis an den übrigen Orten steht. Ein drängendes Angebot, das an einem dieser Plätze den Preis drückt, wirkt an allen übrigen Märkten in gleicher Weise.

Dieser in mehr oder minder klarer und bestimmter Weise von den meisten volkswirtschaftlichen Schriftstellern hervorgehobenen Ursache der Preisrückgänge muß ich nach langer und gewissenhafter Beobachtung eine weitere anfügen, auf die meines Wissens bisher die öffentliche Aufmerksamkeit nicht gelenkt worden ist. Wie die Menge angesammelten Capitals, das die Besitzer selber in productiver eigener Arbeit nicht anlegen können oder wollen, das sonach sich massenhaft dorthin drängt, wo hoher Ertrag in Aussicht steht, die Ueberproduction und die Massenconcurrenz in der Industrie geschaffen hat, an der wir leiden, so hat dieselbe Ursache, nämlich die Masse des Capitals, das sich an den Markt, die Börse drängte, nach und nach hier den Einfluß gehabt, die Preise auf den denkbar niedrigsten Stand zu drücken.

Das erscheint auf den ersten Augenblick verwunderlich und fast widersinnig; es ist aber die naturgemäße Folge der Ueberflutung des Marktes, insbesondere der (Waren-) Börse durch das müßige Capital.

Zunächst ist es unbestreitbar, daß von dem beständigen Preisrückgang hauptsächlich diejenigen Waren berührt worden sind, die an den Börsen und auf Zeit (Termine)

gehandelt werden, Erze, Roheisen, Getreide, Oel, Spiritus, u. s. w. Es werden wohl sehr häufig in einer einzigen Woche, vielleicht an einem Tage, an den europäischen Börsen größere Umsätze in Getreide abgeschlossen, als Getreide in der ganzen Welt verfügbar ist.

Bei dieser Art von (Differenz-)Geschäften ist nicht mehr die Ware, die angeblich gekauft und verkauft wird, der wahre Gegenstand des Geschäfts, sondern die Schätzung, ob das kaufende oder das verkaufende Capital in der Speculation das stärkere sein werde. Hunderttausende sind zu jeder Zeit dafür eingesetzt, ob an einem bestimmten Tage Weizen höher oder niedriger notirt sein werde, als beispielsweise 17 ℳ für 100 kg. Nicht der Weizen, der gewachsen ist, bildet hier den Marktgegenstand, sondern die Aussicht, auf der stärkern Seite des spielenden Capitals sich zu befinden. Da nun im gegebenen Zeitpuncte der Fälligkeit des Geschäfts nur der wirkliche Begehr und soviel darüber hinaus, als in allernächster Zeit annähernd für den Verkehr und Verbrauch benötigt wird, die gekaufte Ware wirklich verlangt und in Empfang nimmt, der speculirende Capitalist aber die Ware gar nicht haben will, oftmals gar nicht bezahlen und nicht gebrauchen könnte, so endet erfahrungsgemäß fast jede große Speculation in Waren, deren Verbrauch ein beschränkter ist, mit einem neuen Preisrückgang. Tag für Tag werden die Preise solcher Waren an allen Börsen und in allen Zeitungen notirt, und es ist staunenswert, wie dem disciplinirten und organisirten großen Capital gegenüber der Erzeuger der Ware rat- und machtlos ist. Ob auch nur ein einziger Bauer Lust hätte, am gegebenen Tage Weizen zu verkaufen oder nicht, das ist ganz gleichgültig: zwei Capitalisten, die selber vielleicht gar nicht imstande sind, Weizen von Gerste zu unterscheiden und von denen keiner einen

Sack Weizen besitzt, können ganz nach Gefallen ein Geschäft in vielen tausenden Sack Weizen, das nach drei oder sechs Monaten erfüllbar ist, abschließen.

Wiegt die Meinung des Capitals vor, daß der Weizen billiger werden solle, so werden Tag für Tag die Curse um einige Pfennige gedrückt und Tag für Tag wird diesen Geschäften entsprechend ein Weizenpreis notirt, zu dessen Feststellung der Bauer gar nicht beizutragen in der Lage ist, dem er sich aber in Wirklichkeit unterwerfen muß, da auch der ernste Käufer sich auf diesen Preis beruft; der einzelne Bauer aber bei der großen Concurrenz auf dem Getreidemarkte den Preis nicht halten kann, unter Umständen auch gezwungen ist, zu verkaufen. Die Börse ist es, die unsere Bauern um die Vorteile der Getreidezölle gebracht hat. Ich habe die Bewegung der Getreidepreise und der Preise für landwirtschaftliche Producte überhaupt grade in Bezug auf die Wirkung der neuen Getreidezölle genau verfolgt, um die Frage zu prüfen, ob der Zoll ohne weiteres die Ware im Inland um den Betrag des Zolles oder auch nur überhaupt verteuert. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Zoll auf den Preis vieler Gegenstände, insbesondere der landwirtschaftlichen, ohne Einfluß geblieben ist. Ich greife einen bezeichnenden Gegenstand der Beobachtung hier heraus.

Ueber keinen Zweig der Landwirtschaft wurde so allgemein und so berechtigt geklagt, wie über den ungemein wichtigen Rapsbau. Der Preis des Raps und der des Rüböls bedingen einander, und vor einem Jahre glaubte man, daß man bei einem Preise von 27 ℳ für Raps in der Oelmühle auf dem denkbar niedrigsten Standpunct angekommen wäre. Um diesen Preis zu heben, wurde auf den fremdländischen Raps und die gleichkommenden Oelfrüchte der Zoll von 30 ₰ auf 2 ℳ erhöht, der auf Rüböl von

4 auf 9 M, ebenso der auf mineralische, das Rüböl in der Industrie vielfach vertretende Schmieröle von 6 auf 10 M für 100 kg erhöht. Das vergangene Jahr hat eine kleinere, nicht etwa eine größere Raps-Ernte in der Welt ergeben als das Jahr vorher. Zur Zeit, da man an eine Zollerhöhung auf Rüböl und Raps noch nirgends dachte und glaubte, stand, niedriger als je, inländischer Raps auf 27 M für 100 kg, Rüböl (in Köln) auf 28 bis 28,50 M für 50 kg mit Faß. Von einigen Oelmüllern, die gar keinen Grund hatten, mir Unrichtigkeiten mitzuteilen, ließ ich mir damals eine Aufstellung über das Verhältnis von Raps zu Rüböl geben. Sie lautete kurz dahin, daß bei einem Preise von Raps von 27 M für 100 kg unter Hinzurechnung der Fabricationskosten in mäßigster Höhe von 2 M das Rohmaterial 29 M koste; daß es ein Fabricat ergebe von 60 kg Oelkuchen, deren Preis 6,60 M betrage, und 37,50 kg Rüböl, die damals 22,50 M kosteten. 50 kg Rüböl standen sonach damals dem Oelmüller selber auf 29,90 M; das leere Faß für 50 kg beziffert sich mit 0,80 M, sodaß 50 kg Rüböl mit Faß, wie es an der Kölner Börse gehandelt wird, 30,70 M hätten kosten müssen, wenn der Oelmüller seine Rechnung hätte finden sollen. Sie kosteten aber in Wirklichkeit 28 bis 28,50 M. Wider Erwarten kam die Zollerhöhung auf Oele und entsprechend auf Oelfrüchte zustande. Der Erfolg war, daß ein oder zwei Tage lang der Terminpreis auf Rüböl bis 28,90 M in die Höhe ging, der von vorhandener Ware auf 27,50 M, und von da an trotz des Zolles zu sinken begann bis auf 25,50 M in diesen Tagen.

Wie war das möglich? Die Antwort ergibt sich, wenn man die täglichen Curszettel der Börse sieht; die Preise bröckelten trotz des Zolles Tag für Tag einige Pfennige ab, und wenn man fragte, worin der Grund liege, so erhielt man zur Antwort: Die Oelfabriken beschränken sich auf das allernotwendigste und speculiren zum Teil à la baisse in ihrer eigenen Ware. Paris, Berlin, Stettin und Danzig „gehen herunter“ oder „fixen“. Tag für Tag wurden „Schlüsse“ in Rüböl gemacht, ohne daß irgend eine einzige Fabrik größere Verkäufe vorgenommen hätte. Allmählich riß die Panik bei den Oelmüllern selbst ein, sie fürchteten weitere Preisrückgänge und verkauften zu unlohnenden Preisen, ja, mit Verlust, nur um größern Schaden zu vermeiden, und gingen schließlich unter die „Fixer“ an die Börse. Bei diesem wilden Börsenspiel befriedigte sich unter der Hand langsam der Bedarf, der gegen das lediglich im Spiel mit dem Artikel angelegte Capital verschwindend ist und gegen dasselbe nicht aufkommen kann. So wurde dann schließlich bei der Fälligkeit der abgeschlossenen Geschäfte alsbald klar, daß der Bedarf sich im stillen längst gedeckt hatte und die Preise gingen im Termine selbst eher herunter als hinauf. Die Oelfabriken weisen samt und sonders Verluste aus dem Geschäft auf. Anstatt aber das einzige zu thun, was gegenüber der Uebermacht des herumlungernden Capitals zu thun wäre, nämlich sich zur Aufrechterhaltung des Preises zu verbünden, ging — wie gesagt — ein Teil von ihnen selber unter die Speculanten à la baisse, und es spricht ein ganzes volkswirtschaftliches Capitel, daß der traurige letzte Jahresbericht der Breslauer Oelfabriken wenigstens das eine von sich rühmend hervorheben zu können erklärt, daß sich die Gesellschaft trotz aller Zeitverhältnisse zu Speculationen à la baisse, nicht habe verstehen wollen, nicht habe „verführen“ lassen.

Als eben die Zollerhöhung in Aussicht kam, die dann beschlossen wurde, ließ sich die Rapsernte übersehen, die in Deutschland gut, in Holland schlecht und sonst allent-

halben unbefriedigend war. Als der erste Banater Raps in Pest auf den Markt kam, verlangten die Verkäufer dafür 13 Gulden. In dem Bericht der Kölnischen Zeitung über den Pester Warenmarkt hieß es, die Proben seien sehr schön, aber bei den dermaligen Oelpreisen sei keine Möglichkeit, den geforderten Preis zu bewilligen. Der Preis des gewonnenen Products richtete sich also nicht nach dem des Rohproducts, sondern umgekehrt. Es dauerte auch nicht lange, bis man in Pest und dementsprechend in Wien den Preis für Raps herabsetzte, bis er endlich von 13 auf 11 Gulden angekommen war. Die Verkäufer mußten sich dem einfach fügen. Daß die Oelfabriken auch hier zeitweilig den Preis drücken halfen, ist unbezweifelbar. So bekamen sie den billigern Raps; aber die Börse zahlte ihnen dann heim und drückte ihnen dementsprechend auch die Preise für Rüböl.

Nun wird man fragen wollen: warum soll denn grade immer das auf Preisrückgang speculirende Capital siegreich sein, warum nicht das auf die Preiserhöhung rechnende?

Die Antwort ist zum Teil schon gegeben, zum Teil noch durch eine wichtige Erwägung zu ergänzen und zu vervollständigen. Die Speculation auf Preiserhöhung wird, wenn nicht Kriegs- oder Mißerntegefahr vorliegt oder eintritt, nur dann durchgeführt werden können, wenn die Käufer zum festgesetzten Termine die Ware in *Wirklichkeit verlangen*. Es ist aber die Mehrzahl der Käufer gar nicht imstande und gar nicht gewillt, das zu thun, weil sie die Ware nicht gebrauchen können. Der wirkliche dringende Bedarf deckt sich nach und nach in kleinen Posten während der Baissezeiten. Naht der Termin, so wird die Speculation, welche gekauft hat, ohne selber die Ware haben zu wollen, um sich zu decken, verkaufen müssen, und dieses Angebot wird stets dringender

sein als das der ursprünglichen Verkäufer. Kommt es vor, daß wirklich einmal auch die Speculation sich zum Empfang der Waren versteht, so mag sie vorübergehend die Preise erheblich steigern können. Das wird aber allzuhäufig nur den Erfolg haben, daß die von allen Seiten und aus allen Ländern zusammengebrachten Warenbestände, die aufgehäuft werden, sich alsbald dringend anbieten, da der erste und nächste Bedarf sich vorher schon gedeckt hatte, und daß auf die Preiserhöhung alsbald ein weit empfindlicherer Rückschlag folgt. So war es beispielsweise bei den letzten großen Rüböl-Empfängen, die in Paris stattfanden und binnen kurzem in die vollständige Deroute auf dem Oelmarkt umschlugen.

Noch ein fernerer wichtiger Umstand kommt hinzu. Bei der heutigen Marktweise an der Börse, wo mit großen Mengen und Summen gearbeitet wird, kommt es meist bei den Preisbildungen darauf an, auf welcher Seite die größere Widerstandskraft herrscht. Und da lehrt Erfahrung wie einfache Prüfung der Verhältnisse, daß in vielen und grade den allerwichtigsten Marktgegenständen *die geringere Widerstandsfähigkeit* auf Seite der Verkäufer, der Erzeuger der Waren, ist. Die Güter erzeugenden Classen sind nicht organisirt, jeder Producent steht für sich, muß vor seinem Concurrenten oft Geheimnisse haben, verkauft in Wirklichkeit bei Geldverlegenheit häufig unter dem Preise, der officiell gilt; das kaufende Capital dagegen, das, soweit es vom Verbraucher der Waren selbst herrührt, den Weg der Vergebung an den Mindestfordernden wählt, soweit es vom Zwischenhändler herrührt, alle Märkte zugleich zur Verfügung hat und jede Verlegenheit eines einzelnen Verkäufers ausbeutet, um die Preise an allen Plätzen zu drücken, an welche der Telegraph jene eine niedrige Notirung sofort meldet, dann

aber auch durch Termingeschäfte, die gar nicht erfüllt werden sollen und oft genug Scheingeschäfte sind, den Preis drücken können, ohne daß die Ware selber dabei thätig war, — dieses kaufende Capital steht beisammen, ist leicht und allenthalben organisirt, hat Verbindung nach allen Orten und ist meist an Zeit und Verhältnisse gar nicht gebunden. Was kann der einzelne Bauer thun, um den Getreidepreis zu halten? Nichts; das ihm entgegenstehende Capital ist zu groß und zu mächtig; es hat längst herausgebracht und erprobt, daß man jede Ware, die an vielen Orten und massenhaft erzeugt wird, bis auf das äußerste der Rentabilität drücken kann, da sie schließlich verkauft werden muß.

Vollends nun gilt das Gesagte von denjenigen Betrieben, die zur Production gezwungen sind. Mag der Kohlenpreis, mag der Preis für Erze noch so niedrig sein: die Zechen und Gruben müssen weiter fördern, um nicht zu versaufen; mag der Roheisenpreis noch so sehr fallen, die Hochöfen müssen heizen, da ein Stillstehen fast gleichkommt einem Aufgeben der Anlage, weil die Unkosten der Wiederaufnahme in besserer Zeit größer wären als der jetzige Verlust, von dem man ja immer wieder hofft, daß er ein vorübergehender sei; selbst eine große Fabrik kann gezwungen werden, mit Verlust zu arbeiten, da das Einstellen der Arbeit ihre Kundschaft an Concurrenten wiese und das Wiederaufnehmen wegen der dann anfänglich unvollkommenen und wenig eingeschulten Arbeitskräfte größere Verluste bringen würde als das vorübergehende unlohnende Preisverhältnis. Auch die Landwirtschaft gehört hierher. Das Getreide muß verkauft werden, es läßt sich nur eine beschränkte Zeit lang aufheben, und der unbebaute Boden verzehrt mehr an Zinsverlust als der bebaute durch ungenügende Preise

der Ernte; zudem ist grade der Bauer gegenüber dem Capital am allerwenigsten widerstandsfähig. Endlich gehört hierher sogar der Tagelohn der nicht organisirten Arbeiter, insbesondere der einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Hause für größere Unternehmer arbeiten: Schneider, Näherinnen und dergleichen. Die Concurrenz der Arbeiter, die unter sich nicht organisirt sind, hat sie dem sie beschäftigenden Großindustriellen gegenüber machtlos gemacht und ihren Lohn auf das denkbar niedrigste Maß herabgedrückt.

So ist es also grade die übergroße Menge des sich zur Verwendung drängenden Capitals, welche in der Industrie und auch in der Landwirtschaft (hier teilweise in der für den Darlehnsnehmer so gefährlichen Form der Hypothecarschuld) die Massenerzeugung, die Anlegung immer größerer und auf erhöhte Erzeugungsmengen eingerichteter Apparate (industrielle und landwirtschaftliche Maschinen, Eisenbahnen, Drahtseilbahnen) erleichtert und dadurch zu immer weiter gehender Verbilligung der Herstellungskosten und damit der Waren selbst geführt hat, unter der die kleinen Betriebe am meisten leiden; es ist wiederum die Masse des nicht fest angelegten, sondern in der Speculation arbeitenden flüssigen Capitals, die bei der heutigen Natur des öffentlichen Markts, der Börse, die ohnehin niedrigen Preise auf allen Productionsgebieten, deren Widerstand gering und nicht fest organisirt ist, noch weiter bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gedrückt hat.

Es ist in der Theorie eine schöne Sache um die freie Wirkung von Angebot und Nachfrage, um die Allgemeinheit des Markts und die Uneingeschränktheit der Wettbewerbung von Land zu Land, von Weltteil zu Weltteil: die teilweise infolge der freien Wettbewerbung in der Production und auf dem Markt in wenigen großen Capitals-

mächten angesammelte wirtschaftliche Uebermacht hat ohne allen Zweifel praktisch den Erfolg gehabt, daß auf großen Gebieten der Industrie und der Landwirtschaft in allen fünf Weltteilen die Preise im Verhältnis zu den Kosten der Anlagen so niedrig geworden sind, daß bei längerer Andauer dieser Zustände ein Zusammenbruch unvermeidlich ist, der in erster Reihe die Besitzer dieser Anlagewerte (Fabrik- und Gutsbesitzer), soweit sie dieselben nicht „abgeschrieben", von den Erträgnissen „getilgt" haben, treffen würde, in zweiter Linie auch diejenigen Capitalisten, deren Geld in jenen Werten angelegt ist.

Diese in Wahrheit auf vielen Gebieten drohende sociale Katastrophe würde meinem Erachten nach allerdings nicht ohne weiteres die Weltwirtschaft auf den Kopf stellen; sie wäre aber darum ein großes Unglück, weil sie plötzlich eintreten würde und grade die rührigsten werbenden geistigen und capitalistischen Existenzen beträfe.

Ist es möglich, die Katastrophe zu verhüten oder doch zu lindern und zu beschränken, so liegt hier die dringendste wirtschaftliche Aufgabe der Gegenwart vor.

Maßnahmen zur Hebung der Preise.

Mit der Erkenntnis der Ursachen sind theoretisch die Mittel zur Einschränkung der Preisrückgänge gegeben. Aber in der Praxis ist es vom rechtlichen wie vom volkswirtschaftlichen und socialen Standpunct nicht ohne weiteres möglich, die Hand an die Wurzel dieser Ursachen zu legen.

Die Umstände, die in ihrer schließlichen äußersten Entwicklung zu der Massenproduction und dann zur Ueberproduction geführt haben, sind es gewesen, welche unser Erwerbsleben überhaupt auf diejenige hohe Stufe gebracht haben, auf der es steht. Ihre radicale Ausrottung würde uns in die Barbarei zurückführen und zur Beute des Auslandes machen. Man würde die Krankheit durch Tötung heilen, wollte man dem Capital die leihweise Verwendung in der Industrie und Landwirtschaft und wollte man ihm den Zwischenhandel und die Börse verbieten. Da der Preisrückgang wesentlich nur darum ein Unglück ist, weil die Summen, welche für die Anlagen in Fabriken, Bergwerken, Landgütern bezahlt wurden, zu hoch waren, um jetzt einen Ertrag abzuwerfen, der über die landesübliche

Verzinsung des Anlagewerts hinaus einen Nutzen ließe, so könnte man vielleicht auf den Gedanken kommen, bei den Verkäufern jener Anlagen aus der Zeit, da sie größern Gewinn brachten, Ersatz zu suchen oder die Gläubiger um einen Teil ihrer Guthaben zu kürzen, um den teilweisen Bankerott gesetzlich zu machen. Allein das wäre juristisch unmöglich und praktisch undurchführbar ohne financielles Eintreten des Staates, welch letzteres wieder grade die unschuldigsten unter den Steuerträgern am härtesten träfe. Der Gedanke einer Verschlechterung oder, wenn man das lieber hört, einer Verbilligung des Geldes, einer Erniedrigung der Schulden durch Entwertung des Nenngeldes nach Solonischem Muster entspringt diesem Gedanken der Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Geldgläubiger (Seisachtheia). Wir werden ihn näher prüfen, wenn wir den Anteil untersuchen, den unsere Währungsverhältnisse am Preisrückgang angeblich oder in Wirklichkeit haben.

Teilweise betreten und mit der wenigsten Schädigung Dritter verbunden, also gangbar, sind zwei Wege: die ohne Zuthun der Gesetzgebung mögliche Vereinigung der Güter-Erzeuger zum Zweck der Preiserhaltung und die durch die Gesetzgebung zu bewirkende Erschwerung der Mitbewerbung, vornehmlich des Auslandes (Einführung von Eingangszöllen).

Es ist seit Jahren sehr viel über die Factoren der Preisbildung gestritten worden und insbesondere ist der Einfluß der Geldmenge, wie wir glauben und nachgewiesen haben, in ungebührlicher und teilweise in völlig haltloser und falscher Weise betont worden. Namentlich glaubte man, eine allgemeine Geldknappheit annehmen und sie für den Rückgang der Preise verantwortlich machen zu können. Daß diesem Versuch von vornherein die Thatsache entgegensteht, daß zu keiner Zeit, insbesondere in Deutschland, eine solche Geldmenge und Geldflüssigkeit geherrscht hat wie heute, wurde unbegreiflicherweise völlig außer Betracht gelassen. Ebenso seltsam ist es, daß die öffentliche Aufmerksamkeit so wenig auf diejenigen Factoren hingelenkt wird, welche, echt modernen Datums und künstlicher Natur, nach den zwei entgegengesetzten Polen hin auf die Preise bestimmend einwirken: die Cartelle zum Zweck der Preiserhöhung oder Preiserhaltung, die Speculation mit dem durchschnittlichen Erfolg der Preiserniedrigung. Von letzterer, als einer Hauptursache der Preisrückgänge, ist oben gesprochen worden, von ersterer sei hier kurz die Rede.

Unterm 8. Juni dieses Jahres richteten sieben bedeutende deutsche Zuckerfabriken von Halle aus ein vertrauliches Schreiben an ihre Leidensgenossen, in welchem unter anderm folgendes ausgeführt wurde:

> „Wir halten die Krisis der deutschen Zuckerindustrie auch für nächste Campagne nicht beendet, sobald die Zuckerfabricanten nicht beizeiten sich vorsehen und geeignete Mittel und Wege sich sichern, um der Baisse-Speculation, welche solche hauptsächlich heraufbeschworen, erneut und mit aller Energie entgegenzutreten. Die Ueberproduction letzter Campagne, welche stets in so grellen Farben uns vorgeführt wurde, hat sich dahin entwickelt, daß wir heute nicht mehr zwei Millionen Centner unseres Products in erster Hand antreffen, und dürfte auch jener Rest bis zu der in diesem Jahr anscheinend sehr spät beginnenden neuen Campagne aufgezehrt werden. Jene Wunden (des Preissturzes im Jahre 1884/85) hat uns keine Ueberproduction, sondern ganz allein die Baisse-Speculation, die sich unseres Artikels bemächtigt hat, geschlagen, und deshalb heißt

es, jetzt erneut aufmerksam zu sein und vorzubeugen, daß jene Verhältnisse nicht wiederkehren können.

Von Deutschland hat sich die durch die Baisse-Speculation erweckte Krisis über alle Zuckermärkte der Welt, die Zuckerfabricanten fast aller Länder gleich schädigend, verbreitet, und von Deutschland ausgehend kam zuerst die Aufforderung zur Einschränkung der Production der Campagne 1885/86, die schließlich auch die Not fast allen zuckerproducirenden Ländern dictirt hat. Leider wird der Zuckermarkt fast stets für die Herbstmonate durch Verkäufe auf Lieferung, namentlich zu laufenden Preisen, ungünstig beeinflußt, doch hoffen wir, daß bei fernerm Klären der Sachlage auch jene Geschäfte, die der Baisse Vorschub leisten, unterbleiben oder keinen Einfluß auf den Markt ausüben. Wir wagen den Zuruf, sich möglichst vor jenen Lieferungsabschlüssen, sobald der bezahlte Preis nicht genügenden Ersatz bietet, zu hüten und namentlich jene Lieferungsabschlüsse zu sogenannten laufenden Preisen aus bekannten Gründen abzulehnen. Möge ferner jeder deutsche Zuckerfabricant sich für die Monate October, November, December, die Zeit der stärksten Production, vorsehen wegen Einlagerung und eventueller Beleihung seines Products, damit jene starke, aber kurze Productionszeit uns nicht neue Gefahren bringt. Geschieht dies, so wird sicher die Baisse-Speculation auf geraume Zeit vom Markt entfernt sein und unsere Industrie sich so wohl als früher befinden."

Diese praktischen Männer befanden sich sonach in der Ansicht über eine Hauptquelle ihrer Bedrängnis in Uebereinstimmung mit unsern Ausführungen.

Es ist auch keine Frage, daß die seither eingetretene Besserung des Zuckermarkts der stillschweigenden Vereinigung zum Zweck der Preiserhaltung zu danken ist. Aehnliche Vereinigungen sind inzwischen auf dem Eisen- und Stahlmarkt zu verzeichnen gewesen und haben wenigstens weitern Einbußen der Preise Halt geboten. Es ist unbegreiflich, daß beispielsweise die Rübölfabricanten statt durch Baisse-Speculationen zwar den Bauern die Rapspreise zu drücken, sich selbst aber einen viel größern Schaden zuzufügen, nicht ähnliche Vereinbarungen abgeschlossen haben, die ihnen doppelt leicht geworden wären, weil grade ihnen der neue Zolltarif nennenswerten und wirksamen Schutz vor der ausländischen Wettbewerbung bietet. Die Erkenntnis, daß nur der Zusammenhalt Widerstandskraft gibt, wird sicherlich auch hier einmal früher oder später zur Einigung führen.

Am allerschwierigsten ist die Landwirtschaft gestellt, da deren bedrängte Lage ausschließlich von der Ueberproduction des Auslandes herrührt. Nicht, daß das Ausland, obschon es mit billigern Löhnen und billigern Bestellungskosten arbeitet, bei den heutigen Getreidepreisen noch mit Vorteil verkaufen könnte, im Gegenteil: grade diejenigen Länder, welche unserer Landwirtschaft die hauptsächlichste Concurrenz machen, Rußland und America, klagen bitter über unlohnende Preise; aber da die Menge der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Rußland, America, Indien, Australien den dortigen Bedarf weitaus übersteigt, so beeilen sich alle vier Länder um die Wette, den Mehrbedarf Europas über seine Production zu decken, und drücken so sich gegenseitig und die europäische Landwirtschaft selber in den Preisen. Wo dieser Wettlauf der Concurrenz einmal aufhören soll, ist nicht abzusehen, und es ist mindestens fraglich, ob trotz der Getreidezölle, die heute bei Roggen

über ein Fünftel, mit der Fracht über ein Viertel des Werts betragen, der jetzige unerhört niedrige Preisstand nicht noch nach abwärts überschritten werden wird. Auch hier ist der einzige Weg einer Besserung die Zusammenschließung der Producenten und die financielle Stärkung derselben durch Errichtung von Darlehnsbanken und Gegenseitigkeitscassen, damit die Notverkäufe verhindert werden. Wenn im Inland der Preis gehalten wird, so ist schon mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch das Ausland, das wahrlich an niedrigen Preisen keinen Gefallen hat, sich in ähnlicher Weise den Versuchen der Börse, die Preise unnatürlich zu werfen, widersetzen wird. Haben wir es doch grade in diesem ersten Jahre der erhöhten Getreidezölle gesehen, daß der Preisrückgang nicht vom Ausland, sondern vom Inland ausging. Nordamerica und Rußland haben sich lange, aber vergeblich gegen den von Deutschland hervorgerufenen neuen Rückgang der Getreidepreise gewehrt.

Uebrigens ist die Vereinbarung von Nation zu Nation, um die Preise gegen die Willkür des Großhandels zu schützen, nichts Unmögliches. Wir haben es in diesem Jahr erlebt, daß zwischen deutschen, englischen und südamericanischen Häusern eine Salpeter-Convention angebahnt und abgeschlossen wurde, welche die Einschränkung der Chilisalpeter-Förderung und die Hebung und Haltung der tief gesunkenen Salpeterpreise mit Erfolg anstrebte und bis jetzt sich durchaus bewährt hat. Ganz gewiß wäre bei richtigem Angriff auch eine Vereinigung der organisirten landwirtschaftlichen Betriebe zu diesem Zweck von Land zu Land möglich. Ich kann mir sehr wohl denken, daß in Preußen von Provinz zu Provinz große landwirtschaftliche Banken die Getreidevorräte teils für Rechnung der Bauern auffauften und verkauften, teils belehnten und

untereinander sich zur Festhaltung gewisser Preise verpflichteten; dasselbe könnte in andern Ländern gleichfalls geschehen, und von da bis zu einem Cartell von Land zu Land wäre kein allzugroßer Schritt. Es handelt sich zunächst darum, die wirtschaftliche Ohnmacht des einzelnen zu heben, der jetzt häufig zu gewissen Zeiten verkaufen muß, auch, durch Erfahrung gewitzigt, nicht auf Preisbesserung zu hoffen wagt, da er in seiner Hoffnung fast regelmäßig enttäuscht wurde. Erlebten wir einmal vorübergehend einen Preisaufschwung, so war es regelmäßig zu einer Zeit, da der Bauer kein Getreide mehr hatte, vielmehr der Hauptstock der Getreidevorräte sich in dem Besitz des Großhandels in zweiter Hand befand, der dann, wenn er die Macht in der Hand hat und die Lage übersieht, sich leicht von Ocean zu Ocean zu verständigen weiß.

Meiner Ansicht nach wäre es am wünschenswertesten, wenn zunächst in Preußen und Deutschland die Landwirtschaft im angegebenen Sinne sich selber zu helfen suchte durch Organisirung des Verkaufs ihrer Erzeugnisse aus erster genossenschaftlicher Hand; nötigenfalls muß Belehnung derselben durch Lombardcredit seitens der Genossenschaft bis zum Verkauf eintreten; ist aber die Unterstützung der Staatsgewalt nötig, so wird sie unschwer zu haben sein. Die Verwirklichung des von mir angedeuteten Gedankens ist überhaupt wahrscheinlich weit weniger schwierig, als gemeinhin angenommen wird.

Das zweite Mittel, den verheerenden Einwirkungen der Ueberproduction auf die Preise zu begegnen, ist die Fernhaltung der Ueberproduction des Auslandes vom einheimischen Markt durch Erschwerung der Einfuhr, durch Belegung der eingehenden Waren mit einem Zoll, der in diesem Fall ein Schutzzoll für den inländischen Gewerbefleiß sein soll. Wir leben zur Zeit unter einem solchen

Schutzzollregime, und es läßt sich heute schon sagen, daß sich dasselbe insofern bewährt hat, als es einigen gewerblichen Thätigkeiten, für welche die Vorbedingungen in den verschiedenen mitbewerbenden Ländern nicht allzu ungleich sind, wirklich Schutz vor der Ueberflutung des Markts mit ausländischen Erzeugnissen gewährt hat, ohne im Inland den Preis gegen den frühern Stand hinaufzutreiben, daß es auch auf denjenigen Gebieten, auf welchen das Ausland günstiger gestellt ist als wir, dem Preisrückgang an einer gewissen Grenze Halt geboten hat und bieten dürfte, daß es aber grade hier einem Preisrückgang sogar unter die frühern Sätze vor Einführung des Zolles nicht hat vorbeugen können, sonach nur den Erfolg gehabt hat, der Reichscasse Einnahmen zuzuführen, die das Ausland bezahlt, die den inländischen Verzehrer nicht belasten.

Es ist vielfach und lebhaft bestritten worden, daß der Zoll, insbesondere der Getreidezoll, der Zoll auf Rüböl und Petroleum vom Ausland getragen werde, wenngleich nicht geleugnet werden kann, daß das Getreide, das Rüböl, das Erdöl nach Einführung der neuen Zölle, die ein Sechstel bis ein Viertel des Werts der betreffenden Waren ausmachen, seit Einführung der neuen Zölle nicht teurer, sondern billiger geworden ist. Ohne die Zölle, sagt man, wären die Preise noch niedriger geworden. Ich behaupte nun in Bezug auf die so wichtige Frage, ob der inländische Consument durch die Getreidezölle gegen früher belastet worden sei, daß die Preise von Weizen, Roggen u. s. w. allerdings trotz der unmittelbar vor der Zollerhöhung im Inland etwa angesammelten Vorräte an fremdem Getreide innerhalb und außerhalb der deutschen Zolllinie um den vollen Betrag der Zölle verschieden sind, daß aber die Einführung der Getreidezölle in Deutschland und Frankreich den Getreidepreis auf dem Weltmarkt um den vollen Betrag des deutschen Getreidezolls und mehr noch gedrückt hat, sodaß also thatsächlich nicht der deutsche Käufer, sondern der fremde Verkäufer und vor und mit ihm der ausländische Bauer den deutschen Zoll trägt.

Es scheint nun auf den ersten Blick schwer begreiflich, wie ein so wichtiger Einfluß auf die Preise, welche für Getreide auf den Welthandelsplätzen bezahlt werden, durch die deutschen und französischen Zollerhöhungen habe ausgeübt werden können. Die Preisbestimmung geschieht ja im Welthandel — wenn die Theoretiker recht haben — durch den freien Kampf von Angebot und Nachfrage. Die deutschen und französischen Zölle haben auch den Bedarf Deutschlands und Frankreichs an ausländischem Getreide nicht vermindern können. Einerseits konnten sie den in diesen Ländern erzielten Vorräten nichts hinzufügen; selbst wenn künftig unsere Zollpolitik durch erhöhte Preise zu einem vermehrten Anbau von Getreide anregen sollte, so hätte doch dieser Einfluß frühestens mit der Ernte von 1886 wirksam werden können; — andererseits wird gewiß nicht anzunehmen sein, daß durch die neuen Zollgesetze die deutschen und französischen Consumenten genötigt worden seien, ihren Getreideverbrauch einzuschränken. Solche Einschränkung würde ja erst eine Folge von Preiserhöhungen haben sein können; diese aber haben nicht stattgefunden. Ebensowenig kann das Angebot von Getreide seitens der ausführenden Länder verstärkt worden sein. Wie soll nun — so fragt man — eine Gesetzgebung, die Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt nicht verändern konnte, doch die Preise um 20—25 % vermindert oder doch diesen Rückgang trotz eines neuen Zolles von einem Sechstel des Werts der Ware nicht verhindert haben?

Daß in Erwartung der Zollerhöhung große Mengen

Getreide in beide Länder früher eingeführt worden sind, als sie sonst eingeführt worden wären, erklärt nichts; denn die ausländischen Vorräte wurden in demselben Maße verringert, wie durch die gesteigerte Einfuhr nach Deutschland — diese einmal zugegeben — die deutschen Vorräte erhöht wurden. Die Preise aber sind international und bei ihrer Bestimmung wirken die Vorräte in Odessa, Petersburg und New-York ebenso mit wie die in Stettin und Mannheim. Zudem haben sich die niedrigen Preise weit über die mögliche Wirkungsdauer jener in Erwartung der Zollerhöhung verstärkten Einfuhr erhalten. Wie vor einigen Jahren die überklugen Tabakhändler, so sind neuerdings alle die Getreide-Speculanten neben ihre Erwartungen gesetzt worden, die in Anhoffnung einer Preiserhöhung — wenn auch nach Jahren — infolge der Zollerhöhungen große Ankäufe gemacht hatten.

Es ist so: das Capital, welches der Käufer des Getreides ist, fand den Widerstand auf Seite der Verkäufer so gering und so wenig organisirt, die Ueberproduction des Auslandes in Getreide war so groß, daß sich dieses nach kaum versuchtem Widerstand zur Nachgiebigkeit gezwungen sah und die Zölle nicht nur zu tragen sich entschließen, sondern selbst weitere Preisrückgänge sich gefallen lassen mußte. Daran kann heute nicht mehr gezweifelt werden, und das Ausland selber gesteht zu, daß es den Zoll bezahlen müsse. Die deutschen Getreidezölle haben einen weitern Rückgang der Getreidepreise auf dem inländischen wie auf dem Weltmarkt nicht aufzuhalten vermocht.

Vorübergehende Preisbesserungen fanden und finden regelmäßig erst statt, wenn die bestimmende Uebermasse der Vorräte in vereinigten Händen der Händler, in „zweiter Hand" ist. Solange das nicht der Fall, arbeitet das Capital systematisch daran, die Preise zu werfen, und

Besserung in diesen Verhältnissen sehe ich nur möglich durch eine Organisation des Bauernstandes, durch welche dieser selbst stark wird, das Getreide in erster Hand behalten zu können, bis der Verbrauch zum Kaufe zwingt.

Als diese Arbeit abgeschlossen und längst in Druck gegeben war, erschien, vom Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe herausgegeben, die bedeutsame statistische Schrift von Professor Ad. Soetbeer „Materialien zur Erläuterung und Beurteilung der wirtschaftlichen Edelmetallverhältnisse und der Währungsfrage". Hätte mir diese Schrift vorgelegen, als ich meine Arbeit begann, so würde ich in der Einteilung derselben etwas anders verfahren sein; so muß ich mich darauf beschränken, aus Soetbeers Aufstellungen, den genauesten und vollständigsten, die wir haben, die wichtigsten hierher gehörigen Zahlen auszuziehen. Die Verhältniszahlen der Durchschnittspreise von 100 wichtigen zollfreien Handelsartikeln, den Preis der Jahre 1847—1850 mit 100 angenommen, ermittelt Soetbeer in sieben Gruppen wie folgt im Durchschnitt der Jahre seit 1847:

Jahre.					
1847—50.	1850—61.	1861—70.	1870—75.	1876—80.	1881—84.
I. Ackerbauproducte.					
100	126,93	128,75	142,69	135,49	134,04
II. Producte der Viehzucht und Fischerei.					
100	123,44	133,11	154,57	146,76	152,99

Jahre.					
1847—50.	1850—61.	1861—70.	1870—75.	1876—80.	1881—84.
III. Südfrüchte.					
100	121,85	117,72	131,50	138,91	137,08
IV. Colonialwaren (ohne Baumwolle).					
100	115,76	118,49	130,72	126,38	120,79
V. Bergwerks- und Hüttenproducte.					
100	110,28	99,60	116,90	94,35	83,38
VI. Textilstoffe.					
100	105,54	130,48	117,17	102,33	96,84
VII. Verschiedene (Guano, Gummi, Pech, Teer, Wachs ꝛc.).					
100	107,65	125,06	114,98	96,79	93,41

Zu diesen einzelnen Gruppen möge folgendes bemerkt sein.

Zu I. Weizen ist nach zeitweiliger Preissteigerung heute etwa auf demselben Stand wie 1850, Weizenbrot ist dagegen stetig billiger geworden und steht gegen 100 in den Jahren 1850 und 1875 heute nur 85.

Roggen ist von 100 auf 131, Roggenbrot auf 121 gestiegen. Die höchste Steigerung weist Hopfen auf; von 100 auf 383,50. Rüböl sank von 100 auf 87, Leinöl auf 89. Sprit aus Korn und aus Kartoffeln stieg auf 131. Die Währungsverhältnisse können sonach, wenn überhaupt, so doch nur von ganz verschwindendem Einfluß gewesen sein; dafür ist die Preisbewegung in den einzelnen

Waren zu verschieden und die Gründe der Abweichungen sind bei jeder Warengattung allgemein bekannt.

Zu II. Ochsenfleisch ist von 100 auf 161,11, Kalbfleisch auf 183,95, Hammelfleisch auf 159,14 gestiegen, Milch sogar auf 171,43, Butter auf 159,83. Talg ist sich gleich geblieben, alle andern Güter aus Viehzucht und Fischerei sind im Preise gestiegen und zum Teil sehr erheblich.

Zu III. Nur Korinthen und Olivenöl sind gefallen; alle übrigen Südfrüchte sind erheblich im Preise gestiegen. Der (zollfreie) französische Wein bis auf 291,30, der Champagner auf 125,95.

Zu IV. Kaffee ist von seinem höchsten Stand, 216,32 im Jahre 1875, auf 143,20 zurückgegangen; steht aber immer noch wesentlich höher als 1847—1860. Bedeutend zurückgegangen sind Thee, Reis, Sago, Cassia lignea, Cochenille, Blau- und Rotholz; bedeutend gestiegen sind Cacao, Pfeffer, Arrac, Rum, Palmöl, Elfenbein.

Zu V. Mit Ausnahme von Zink und Zinn sind alle Bergwerks- und Hüttenproducte im Preise unter den Stand von 1847 zurückgegangen. Quecksilber und Salz am tiefsten bis auf 46,22 und 46,89, Stahl ging auf 67,82, Kupfer wich bis auf 78,41, Steinkohlen, Blei und Eisen bewegen sich um 80. Auch hier braucht man zur ausgiebigsten Erklärung des Rückganges wahrlich die Währungsfrage nicht in die Erörterung zu ziehen.

Zu VI. Baumwolle stand 1860—70 auf 214,94 und ging von da bis unter den Stand von 1850, nämlich auf 95,62 zurück. Hanf und Seide verloren noch mehr bis auf 85,53 und 81,75; Wolle gar bis 69. Flachs und Tauwerk stiegen auf 129,95 und 117,98.

Zu VII. Von den oben nicht berücksichtigten Gegenständen sind namentlich Gummi elasticum, Guttapercha,

Harz im Preise gestiegen, Guano, Pottasche, Soda, Wachs und Stearin gefallen, und zwar ganz erheblich.

Zeigen schon diese Zahlen, daß ganz andere Ursachen für die Preisveränderungen maßgebend gewesen sein müssen als die Währung, welch letztere gleichmäßig in allen Warengattungen ihren Einfluß hätte äußern müssen, und haben wir die Ursachen bei den meisten Waren oben hinreichend angedeutet, so erübrigt uns noch, zu untersuchen, ob nicht doch die Währungsverhältnisse beteiligt sind an der Preisänderung, insofern ohne sie die Steigerung der Preise noch größer, der Rückgang weniger bedeutend geworden wäre, und ob eine Aenderung unserer Währung volkswirtschaftlich wohlthuend wirken würde.

Hat die Goldwährung eine Preisveränderung bewirkt?

Es ist behauptet worden, infolge der Goldwährung seien in Deutschland die Preise gedrückt worden, weil die Umlaufsmittel vermindert worden seien, der Wert des Geldes gestiegen sei.

Dem stehen drei Thatsachen gegenüber: einmal, daß bei allen Gegenständen, die wirkliche Geldwertmesser sind, insbesondere den Arbeitslöhnen und Gehältern, die Preise nicht gefallen, sondern gestiegen sind, sodann zweitens, daß die Preise aller Artikel, welche bei uns gefallen sind, auch in allen denjenigen Ländern in demselben Verhältnis gefallen sind, welche die Goldwährung nicht angenommen haben, sondern teils Silber-, teils Doppel-, teils Papierwährung haben; endlich drittens: daß seit Einführung der Goldwährung bei uns die Umlaufsmittel gar nicht vermindert, sondern in ganz beispiellosem Maße vermehrt worden sind.

Keine dieser drei Thatsachen kann angesichts der zweifellosen Zahlen der Erfahrung und Beobachtung geleugnet werden, und man hat deshalb alsbald die oben

mitgeteilte erste allgemeine Behauptung eingeschränkt und wie folgt gefaßt:

> Durch die Entwährung (Demonetisation) des Silbers ist ein Edelmetall, das bis dahin Gelddienste verrichtet hatte, dieser seiner Eigenschaft enthoben; die Geldvorräte sind darum geringer, als sie sein würden, wenn das Silber noch Geldmetall wäre; es wäre darum eine größere Preissteigerung oder eine geringere Preisminderung eingetreten und würde herbeigeführt werden, wenn Silber Geldmetall geblieben wäre oder wieder würde. Die Wiedereinführung des Silbers als Geldmetall (die Remonetisation des Silbers) wird die Preise heben.

Diese Behauptung wie die ganze bimetallistische Aufstellung beruht auf dem Fundament der sogenannten Quantitätstheorie in der Lehre vom Gelde, und mit dieser Theorie müssen wir uns vorab beschäftigen. Sie ist folgende:

Allen zur gegebenen Zeit zu Kauf und Verkauf kommenden Waren steht alles gleichzeitig vorhandene Geld gegenüber (W : G). Wächst nun die Menge der Waren, so wird bei gleichbleibender Geldmenge der Geldwert steigen, man wird mehr Waren für die gleiche Menge Geld bekommen können (W+w : G). Wächst bei gleichbleibender Warenmenge die Geldmenge, so wird der Geldwert sinken, der Preis der Waren wird steigen (W : G+g). Bleibt die Warenmenge gleich und die Geldmenge wird geringer, so tritt dasselbe ein wie bei gleichbleibender Geldmenge und vermehrter Warenmenge: die Preise müssen fallen, nur daß die Formel jetzt etwas anders sich darstellt, nicht (W+w : G), sondern (W : G — g). Steigen Warenmenge und Geldmenge in gleichem Maße, so bleiben die

Preise unverändert (W+w : G+g); steigen endlich die Warenmengen, während gleichzeitig die Preise zurückgehen, so sinken die Preise doppelt (W+w : G — g); umgekehrt steigen die Preise im selben Maße, wenn bei verminderter Warenmenge das Geld vermehrt wird (W — w : G+g).

Das ist auf ihre einfache Form zurückgebracht die vollständige vielberühmte und bewunderte Quantitätstheorie. Es ist mit ihr wie mit so mancher ehrwürdigen Regel in den (nicht exacten) Erfahrungswissenschaften. Sie sind dem Gebiet der (abstracten) Mathematik entlehnt, blenden durch ihre Genauigkeit, die oft durch eine der Algebra entlehnte Formel (wie ich es versucht habe nach dem Muster von Karl Marx, der es mit Vorliebe thut und dadurch mit großer Würde viele Irrtümer in die Wirtschaftslehre eingeführt hat) noch einleuchtender gemacht werden soll. Fällt es dann einmal jemandem ein, an der Erfahrung die Probe auf die Formel zu machen, so stellt sich regelmäßig heraus, daß die Formel falsch ist. Und sie muß falsch sein, weil das ewig wechselnde und neue Formen annehmende Leben, namentlich das wirtschaftliche Leben von Nation zu Nation, andere Beziehungen hat wie unveränderliche tote Ziffern oder angenommene mathematische Figuren, die ja gleichfalls in Wirklichkeit nicht vorkommen.

Es ist der Grundfehler vieler Volkswirtschaftslehrer und es ist die Cardinallüge von Karl Marx, nach algebraischen Figuren ausrechnen zu wollen, wie das wirtschaftliche Leben und die Verteilung von Nahrung und Kraft zwischen den einzelnen Wesen ist und sein müßte. Wollte jemand eine Formel ausklügeln, mit welcher man ähnlich, wie man Ostern im voraus berechnen kann, auch das Gedeihen jedes einzelnen Baumes eines großen Waldes, den Grad seiner Kraft, seine Höhe und Verästung für jede beliebige Zeit vorherbestimmen könnte, so würde

man ihn mit Grund für unzurechnungsfähig halten: unsere volkswirtschaftlichen Lehrbücher fangen an, wie die Handbücher der Algebra auszusehen, und doch beschäftigen sie sich mit dem lebendigsten, wechselndsten, aus wenigen bekannten und unzähligen unsichtbaren Triebkräften herstammenden Organismus, den es gibt, dem Erwerbsleben der Gesamtmenschheit. Während wir nur nach den gemachten Beobachtungen und gewonnenen Erfahrungen einige Regeln gewinnen können, geht man umgekehrt davon aus, seine Wünsche oder Vermutungen in eine Formel zu kleiden, und versucht nun die Thatsachen entweder in diese Formel zu zwängen oder, wenn es durchaus nicht angeht, die Ungerechtigkeit der Thatsache für bewiesen zu erklären und auf deren Aenderung zu dringen, bloß weil sie nicht zu der schönen Formel stimmt, welch letztere, weit entfernt, ein ewiges Natur-Erfordernis zu sein, vielmehr nur dem Scharfsinn oder auch dem guten Herzen des Schriftstellers entspringt. So ist die wissenschaftliche Socialdemokratie entstanden, die gute Absichten der Urheber in die Form von allgemeinen Regeln gebracht und jede wirtschaftliche Thatsache an den Galgen geschlagen hat, die nicht zu der aufgestellten Regel, nicht in die schöne algebraische Formel paßte.

Kaum eine volkswirtschaftliche Aufstellung erscheint auf den ersten Augenblick so einleuchtend wie die Quantitätstheorie in der Geldlehre, und es ist kaum zu verwundern, daß sie bis in die neueste Zeit hinein fast unbedingt geglaubt wurde. Dr. Bamberger hat ihr im vorigen Herbst im Reichstag eine, wenn auch noch etwas bedingte Abschiedsrede gehalten, Professor W. Launhardt wendet sich bereits in seiner eben erschienenen vortrefflichen kleinen Schrift „Das Wesen des Geldes“ (Leipzig, bei Engelmann) sehr entschieden gegen sie, wenn auch nicht ausgiebig genug.

In den Jahren 1870—75 sind in Frankreich die Geldumlaufsmittel infolge der Zahlung von Milliarden Kriegsentschädigung an Deutschland in einem nie dagewesenen Maße verringert worden; trotzdem stiegen die Preise in Frankreich ganz in demselben Maße wie in Deutschland. In Deutschland selbst wurde damals in ungewohntem Maße das Geld vom Markt weggenommen und in öffentlichen Anlagen verwertet; trotzdem stiegen die Preise auch in Deutschland gewaltig. Nach dem Jahre 1875—76, als Frankreich keine Schulden ans Ausland mehr zu bezahlen hatte, keine größern Anlagen machte, also alles Geld dem Markt beließ, zu derselben Zeit, da Deutschland seine wichtigsten Bahnen gebaut, sein Kriegsmaterial erneuert, seine Flotte ausgerüstet hatte und dem Markt keine größeren Summen mehr entzog: da fielen die Preise dort wie hier, und zwar stetig in vielen Verzehrsgegenständen bis auf den heutigen Tag. Die Preise sind gleichmäßig in allen Culturländern in den internationalen Waren gestiegen und gefallen ohne Rücksicht auf die Menge der in jedem Lande umlaufenden Zahlungsmittel.

Ich habe in einer frühern Schrift „Währungs- und Wirtschaftspolitik“ nach den besten vorhandenen bimetallistischen Aufstellungen, die ich nur an Hand ganz zuversichtlicher anderweitiger Beobachtungen vervollständigte, die Umlaufsmittel auf den Kopf der Bevölkerung wie folgt berechnet:

Frankreich	190 ℳ
Australien	160 „
England	150 „
Belgien	130 „
Nordamerica	110 „
Deutschland	70 „
Rußland	65 „

Italien . . . . 53 M.
Schweiz . . . . 53 „
Oesterreich-Ungarn . . . . 40 „
Rumänien . . . . 35 „
Britisch-Indien . . . . 25 „

Professor Soetbeer hat in seiner schon genannten, eben erst erschienenen Schrift „Materialien“ sehr genaue Berechnungen an Hand der neuesten Untersuchungen angestellt, die obige Zahlen im ganzen bestätigen.

Für Italien und die Schweiz geben sie eine etwas höhere Ziffer (58 M.), ebenso für Belgien (132 M.); für Australien wären nach Soetbeers Rechnung die Umlaufsmittel etwas zu hoch eingestellt, da sie nicht, wie ich angenommen, 160, sondern nur 147 M. auf den Kopf betrügen; ebenso berechnet Soetbeer für Frankreich nicht 190, sondern 171 M. Diese Unterschiede sind aber verschwindend und unwesentlich; was bei den verschiedentlichsten Untersuchungen bleibt, das ist die ganz erstaunliche Verschiedenheit der umlaufenden Geldmittel in den verschiedenen Ländern.

Wenn, was ja nicht bestritten wird, beim internationalen Verkehr das Geld nicht in Rechnung gestellt werden darf nach der Ziffer seines Nennbetrags (in Rubel, Gulden, Lei, Rupie), sondern nach der Menge, die jener Nennbetrag ausmachen würde, wenn er auf eine solide metallische Grundlage (auf Gold) gestellt wäre, so ergibt sich — wie Soetbeer ausgerechnet hat — nach Abzug der Cursunterschiede (in Ländern mit Papier-, Silber- oder unsicherer [verrufener] Währung) folgende Verteilung der eigentlichen, wirklichen Geldmittel auf die europäischen Länder und Nordamerica, wenn der Gesamt-Geld- bezw. -Goldvorrat gleich 100 gesetzt wird, zu Ende 1884:

Länder.	Gold.		Silber.		Gold und Silber.	
	Millionen Mark.	Procent-Verhältnis.	Millionen Mark.	Procent-Verhältnis.	Millionen Mark.	Procent-Verhältnis.
Großbritannien	2 417	18,46	390	4,46	2 807	12,85
Australien und Colonieen (ohne Indien)	400	3,06	60	0,69	460	2,11
Niederlande	59	0,45	269	3,07	328	1,50
Frankreich (und die übrigen Länder der lateinischen Münzconvention, Italien, Belgien, die Schweiz)	4 475	34,18	3 500	39,99	7 975	36,51
Oesterreich-Ungarn	200	1,53	300	3,43	500	2,29
Deutschland	1 572	12,01	892	10,19	2 464	11,28
Skandinavische Länder	115	0,88	43	0,49	158	0,73
Rußland	575	4,39	240	2,74	815	3,73
Vereinigte Staaten	2 460	18,79	1 160	13,26	3 620	16,57
Sonstige Länder in Europa und America	818	6,25	1 897	21,68	2 715	12,43
Zusammen	13 091	100,00	8 751	100,00	21 842	100,00

Ist die Verschiedenheit der metallischen Umlaufsmittel, die allein Handhabe für die Geldkaufskraft eines Landes bieten, schon nach dieser Aufstellung erstaunlich, so wird sie doppelt groß, wenn man die Seelenzahl der einzelnen Länder ins Auge faßt und, die Gesamtheit ihrer Bevölkerungen zu 100 angesetzt, vergleicht, was an Geldmitteln bei gleicher Verteilung im Procentsatz auf jedes Land kommen müßte und was in Wirklichkeit auf dasselbe kommt. Ich habe diese Berechnung nach ziemlich sicherer Schätzung angestellt. Dabei ergibt sich folgendes:

Auf	Bei gleicher Verteilung kämen (nach meiner Berechnung). %	Es kommen in Wirklichkeit (nach Soetbeers Aufstellung). %
Großbritannien	10,00	12,85
Australien	3,00	2,11
Niederlande	2,00	1,50
Frankreich (mit den Ländern des lateinischen Münzbundes)	18,00	36,51
Oesterreich-Ungarn	9,00	2,29
Deutschland	11,50	11,28
Skandinavische Länder	2,50	0,73
Rußland	22,50	3,73
Vereinigte Staaten	13,50	16,57
Sonstige Länder	8,00	12,43
Zusammen	100,00	100,00

Diese Berechnung macht nicht den Anspruch, in jeder Bruchziffer genau zu sein; das Gesamtbild aber ist richtig und sehr lehrreich. Es beweist, daß die Menge der Umlaufsmittel, *auch der soliden metallischen*, an sich ohne Einfluß ist auf die internationale wie nationale Preisbildung; denn in sämtlichen vorhin verzeichneten Ländern sind in den wesentlichen großen Verzehrsgegenständen die Preise genau nach derselben Richtung gestiegen und gefallen und stehen heute bei gleichen örtlichen Verhältnissen (Großstadt oder Land u. s. w.) *gleich*.

Mit der einfachen Zahlenaufstellung wird also die so berühmte Quantitätstheorie gerichtet.

Nimmt man Frankreich für sich (ohne Belgien, Italien und die Schweiz), so wird man nicht zu hoch greifen, wenn man sagt, daß es dreimal so viel Geldmittel besitze als nach der Kopfzahl der europäischen und nordamericanischen Bevölkerung, wenn das Geld gleichmäßig verteilt wäre, auf es entfallen würde; während Rußland nur ein Siebentel seines ihm zukommenden Anteils besitzt. Und doch sind die Preise, über deren Rückgang hauptsächlich geklagt wird, in Rußland ebenso niedrig wie in Frankreich und Nordamerica.

Die Menge der vorhandenen Umlaufsmittel ist an sich und allein nicht imstande, die Preise zu beeinflussen, und es wäre wünschenswert, wenn die Quantitätstheorie in ihrer vorhin erörterten Gestalt aus den Handbüchern der Volkswirtschaftslehre verschwände.

Da nur deshalb die Goldwährung für die Preisrückgänge verantwortlich gemacht wird, weil sie die Umlaufsmittel verringert habe, so muß dieser Vorwurf gegen die Goldwährung schon deshalb fallen, weil die wissenschaftliche Voraussetzung, auf welcher er beruht, falsch ist, als

ob die Menge der in einem Lande umlaufenden Geldmittel die Preise bestimme.

Zu allem Ueberfluß aber ist es gar nicht wahr, daß seit und infolge der Goldwährung die Umlaufsmittel abgenommen hätten; grade das Gegenteil ist der Fall: seit Einführung der Goldwährung sind die Umlaufsmittel in Deutschland in einem Verhältnis vermehrt worden, das in der Geschichte beispiellos ist.

Im Jahre 1870 liefen nach Schätzung des Bimetallisten Haupt in Deutschland höchstens 1750 Millionen Mark um. Bis zum Jahre 1882 hatte sich diese Summe auf mindestens 3150 Millionen erhöht und beträgt heute mehr als 3500 Millionen Mark. Das bedeutet eine Vermehrung von wenigstens anderthalb Milliarden Mark und eine Verdoppelung unserer Umlaufsmittel in 15 Jahren. Wäre die Theorie richtig, daß vermehrte Umlaufsmittel eine Steigerung der Preise im Gefolge haben, so müßte heute bei uns in Deutschland alles im Durchschnitt doppelt so teuer sein wie 1870, die Tonne Weizen, die 1870 217 ℳ kostete, müßte also heute 435 ℳ gelten; in Wirklichkeit kann man sie kaufen zu 185 ℳ.

Die Behauptung, daß die Goldwährung in Deutschland die Umlaufsmittel vermindert habe, ist das grade Gegenteil der Wahrheit.

Hat die deutsche Goldwährung auf dem Weltmarkt die Geldmittel verringert?

Der Vorwurf, der mit der größten Wirkung gegen unsere Währung erhoben wird, ist der, sie habe das Silber demonetisirt, aus seiner Geldfunction verdrängt, entwährt; nur noch das Gold sei Geld; da aber jährlich ebensoviel und selbst etwas mehr Silber (dem frühern Wert nach) gewonnen wird als Gold, so sei auf dem Weltmarkt das Geld auf die Hälfte der jährlichen Vermehrung gegen früher zurückgesetzt, wobei zu berücksichtigen, daß die Gewinnung von Gold von Jahr zu Jahr beständig zurückzugehen drohe. Diese fortschreitende Verringerung der Geldmittel, denen eine stetige Vermehrung der Güter-Erzeugung gegenüberstehe, habe zu dem Sinken der Preise geführt und müsse immer weitern Rückgang der Preise bewirken.

Nun ist aber die Einführung der Goldwährung in Deutschland an sich völlig unschuldig am Rückgang des Silberpreises.

Als Deutschland — und das kann nicht nachhaltig genug betont werden — seine unhaltbar gewordenen

Währungsverhältnisse zu ordnen sich anschickte, da bestand in Deutschland die Silberwährung, in Indien herrschte sie gleichfalls; in Frankreich, Italien, Belgien, der Schweiz herrschte die Doppelwährung nach dem Verhältnisse von $15\frac{1}{2}$ Pfund Silber gleich 1 Pfund Gold, in Nordamerica herrschte praktisch dieselbe Währung; Rußland hatte wie Oesterreich Papierwährung. Die große Staatenvereinigung, welche den lateinischen Münzbund bildete, hatte als oberstes Währungsgesetz ausgesprochen, daß $15\frac{1}{2}$ Pfund Silber für 1 Pfund Gold an der Münze gegeben und genommen werden sollten, und *wenn der Bimetallismus auch nur einen Funken von Wahrheit enthält, so konnte der Silberpreis nicht sinken, solange die lateinische Münzconvention bestand*; ja, solange es überhaupt nur einen einzigen Staat gab, der nach dem Verhältnis von $15\frac{1}{2}:1$ Silber-Courantmünzen prägte. Das ist der oberste Grundsatz des Bimetallismus, daß das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber nicht wesentlich geändert werden kann, wenn irgend eine Gruppe von Staaten eine Münzwährung hat, bei welcher in diesem Wertverhältnis Prägefreiheit herrscht. Es ist gar nicht nötig und war nie der Fall, daß *alle* großen Staaten dieser Münzvereinigung angehören, „der Bimetallismus ist — wie einer seiner angesehensten Vertreter, Cernuschi, sich äußert — möglich zu dreien (Staaten), er ist möglich auch zu zweien". Nun wohl: als Deutschland seine neue Währung beschloß, herrschte der Bimetallismus innerhalb der lateinischen Münzconvention in seiner unverfälschtesten Gestalt; Deutschland hatte dieser Convention nicht angehört und mit ihr nichts zu schaffen; es führte seinerseits die Goldwährung ein — und zwar nicht etwa unter der Annahme, daß die alten Schulden von je $15\frac{1}{2}$ Pfund Silbergeld jetzt mit weniger als 1 Pfund Goldgeld sollten

bezahlt werden, sondern genau unter Anerkennung des in der lateinischen Münz-Union geltenden Wertverhältnisses $15\frac{1}{2}:1$; sodaß 30 Thaler der alten Silberschulden gesetzlich gelöst werden mußten mit 90 ℳ der neuen Goldwährung. Wenn der Bimetallismus in der Grundlage richtig wäre, so hätte die Einführung der Goldwährung in Deutschland auf diesem Fuß die in der lateinischen Union bestehende Doppelwährung stärken müssen und unmöglich sie erschüttern können.

Hier ist die wundeste Stelle des Bimetallismus: die oberste Behauptung desselben, die Einführung der Goldwährung habe den Zusammenbruch der lateinischen Münzconvention zur Folge gehabt, schlägt dem Grundgesetz des Bimetallismus ins Gesicht, daß eine beliebige Vereinigung von Staaten hinreiche, die zwischen ihnen geltende gesetzliche Relation zwischen Gold und Silber auch auf dem Weltmarkt aufrechtzuerhalten.

1873 begann Deutschland mit der Durchführung seiner Währung, was an den Verhältnissen der lateinischen Münzconvention nichts änderte: trotz der freien Prägung innerhalb dieser Convention sank der Silberpreis von $60\frac{5}{16}$ im Jahre 1872 stetig bis auf $52\frac{3}{4}$ im Jahre 1876 und dann, nachdem Frankreich seine Münze geschlossen hatte, weiter bis auf 50, 49, ja, 47d und noch tiefer.

Wenn also darüber geklagt wird, daß die Einführung der deutschen Goldwährung die bestehenden, so glücklichen Währungszustände über den Haufen geworfen habe, so wird übersehen, daß *Deutschlands* Währungsverhältnisse nicht glücklich, sondern unerträglich waren, daß aber an den Währungsverhältnissen der *übrigen* Länder Deutschland nichts geändert hat und nichts ändern konnte: ist die Doppelwährung möglich und gut, so hindert nichts die Staaten, welche sie gehabt haben und sich nach ihr sehnen,

sie sofort wieder einzuführen, wie nichts diese Länder zwang, sie aufzugeben; — es sei denn, daß sie die jetzt so viel gepriesene damals für schlecht hielten.

Wie konnte aber die deutsche Münzgesetzgebung das Silber entwähren, wenn es nicht nur innerhalb der lateinischen Münz-Union neben Gold, und zwar nach der gesetzlichen Relation gleichberechtigt mit Gold unbeschränktes Zahlungsmittel war und außerdem in einem unermeßlichen Ländergebiete, Englisch-Indien, Asien, dem größten Teil von Südamerica, das ausschließliche Geldmetall, endlich auch in Nordamerica gesetzliches Zahlungsmittel blieb beziehungsweise durch das Blandgesetz wurde? Gegenüber all diesen dem Silber günstigen Verhältnissen kommt die Einführung der Goldwährung in Deutschland wahrlich nicht in Betracht. Die Bimetallisten behaupten auf der einen Seite, die Doppelwährung mit der alten Relation $15^1/_2:1$ sei möglich, wenn nur zwei große Staaten sie annähmen; auf der andern Seite wollen sie Glauben finden, wenn sie sagen, der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung allein habe hingereicht, die lateinische Münzvereinigung unhaltbar zu machen und die Deroute auf dem Silbermarkt herbeizuführen. Eine von den beiden Behauptungen muß unbedingt falsch sein, wofern es nicht beide sind.

Britisch-Indien allein — von allen übrigen Silberwährungsländern mag nicht die Rede sein — hatte im Jahre 1871 einen Ueberschuß seiner Ausfuhr über die Einfuhr in Höhe von 417 Millionen Mark; derselbe ist seither noch erheblich gestiegen und betrug im Jahre 1884 in runder Summe 656 Millionen Mark. Für diesen Betrag, soweit er nicht durch Vorschüsse Englands an die indischen Staatscassen gedeckt wird, muß Silber als das allein gesetzliche Zahlungsgeld nach Indien geschickt werden; die Barsumme betrug im vorigen Jahre nach Abzug der Council Bills (eben jener Schuldscheine der indischen Staatscassen an die englische Regierung) immer noch 130 Millionen Mark. Die deutsche Goldwährung konnte sonach das Silber nicht entwähren, da es nach wie vor in einer Reihe großer und wichtiger Exportländer gesetzliches Währungsgeld ist.

Worin besteht denn nun noch in Wirklichkeit die Währungsnot, was versteht man unter der so viel erörterten Silberfrage, die augenblicklich und seit Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit erregen? Die Antwort kann kurz sein: die ganze Währungsfrage, die ganze Silberbewegung betrifft den Rückgang des Preises des Silbers von $60^1/_2$ Pence auf 50 und weniger.

Nimmt man diese Thatsache weg, so ist von der ganzen Doppelwährungsbewegung Quelle und Ursprung, Ziel und Ende, Mittel und Nahrung weggenommen. Die Doppelwährungsfrage — das ist die Silberentwertungsfrage.

Welches sind die Ursachen des Rückgangs des Silberpreises?

Die vornehmlichste Ursache der Silberentwertung ist die stetig gestiegene Menge der Förderung. Diese allein ist so bedeutend, daß man wahrlich nicht nötig hätte, nach weitern Ursachen zu forschen.

Sie betrug nach Soetbeer im Durchschnitt der Jahre:

1851—55	in allen Ländern	886 115 kg
1856—60	„ „ „	904 990 „
1861—65	„ „ „	1 101 150 „
1866—70	„ „ „	1 339 085 „
1871—75	„ „ „	1 969 425 „

Sie stieg dann in derselben Weise stetig von Jahr zu Jahr; betrug im Jahre 1876 bereits 2 323 779 kg. Für die letzten acht Jahre haben wir als die zuverlässigsten Schätzungen die von Soetbeer und die des langjährigen nordamericanischen Münzdirectors und Münzstatistikers Horatio C. Burchard. Die des letztern bleiben in der Schätzung etwas hinter den Aufstellungen des Herrn Soetbeer zurück.

Das ist für unsern Zweck gleichgültig, da in der Hauptsache, der Steigerung der Production von Jahr

zu Jahr, Burchard und Soetbeer ganz genau übereinstimmen.

Es betrug die Silbergewinnung der Welt vom Jahre 1877 an folgende Gewichtsmengen:

Im Jahre.	Nach Soetbeer. kg	Nach Burchard. kg
1877	2 388 612	2 174 610
1878	2 551 364	2 282 573
1879	2 507 507	2 313 731
1880	2 479 998	2 326 941
1881	2 592 639	2 458 322
1882	2 769 065	2 645 589
1883	2 895 520	2 747 785
1884	(Vermutungsweise) 2 980 000.	

Wenn man neben diese Productionsziffern die Londoner Preisnotirungen für Silber setzt, so wird man beide völlig im Einklang finden: der steigenden Production entsprechen stetig sinkende Preise:

Jahr.	Production in Pfund Sterling.	Preis für die Unze in Pence.
1870	10 300 000	60 1/2
1871	12 200 000	60 1/2
1872	13 000 000	60 5/16
1873	14 000 000	59 1/4
1874	14 300 000	58 5/16

Jahr.	Production in Pfund Sterling.	Preis für die Unze in Pence.
1875	16 100 000	$56\frac{7}{16}$
1876	15 000 000	$52\frac{3}{4}$
1877	16 200 000	$54\frac{7}{8}$
1878	17 500 000	$52\frac{9}{16}$
1879	16 200 000	$51\frac{1}{4}$
1880	16 700 000	$52\frac{1}{4}$
1881	17 000 000	$51\frac{1}{16}$
1882	18 000 000	$51\frac{5}{8}$
1883	17 000 000	$50\frac{9}{16}$
1884	17 500 000	$50\frac{11}{16}$.

Angesichts dieser Ziffern allein schon bedarf das Fallen des Silberpreises wahrlich keiner Erklärung mehr; wie auch die Behauptung, ja, die Versteifung des Goldpreises aus den Productionsziffern ohne weiteres erklärbar wird. Die Goldförderung betrug seit 1877:

Jahr.	Wert nach Soetbeer. M.	Wert nach Burchard. M.	Wert nach anderweitiger Aufstellung. M.
1877	505 548 000	478 354 000	576 400 000
1878	515 034 000	499 898 000	434 380 000
1879	461 745 000	465 653 000	416 340 000
1880	451 143 000	446 824 000	412 900 000

Jahr.	Wert nach Soetbeer. M.	Wert nach Burchard. M.	Wert nach anderweitiger Aufstellung. M.
1881	440 541 000	432 495 000	398 020 000
1882	409 851 000	414 343 000	387 900 000
1883	401 593 000	394 726 000	367 840 000
1884	405 000 000 (?)	400 000 000 (?)	358 600 000

Diese Aufstellungen, deren Mittel mit ziemlicher Gewißheit die Wahrheit gibt, würden ohne weiteres für jedermann den Preisrückgang des Silbers, die Preisfestigkeit des Goldes überzeugend darthun, wenn nicht die Münz- und Währungsgelehrten gekommen wären und gesagt hätten, Gold und Silber dürften nicht nach denselben Grundsätzen und Gesichtspuncten beurteilt werden wie Waren; sie seien Geldmetalle und verlangten darum eine andere Behandlung; der Preis für die Geldmetalle richte sich nach der Gesetzgebung, aber nicht nach den Förderungsmengen und nach Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt.

Prüfen wir auch diese beispielsweise von Schäffle in der eben mitgeteilten absprechenden Schroffheit aufgestellte Behauptung.

Die Annahme, daß der Preis eines Edelmetalls, das durch die Gesetzgebung eines größern Staats oder Staatengebiets zum Geldmetall erklärt ist, nicht wesentlich unter die Relation sinken könne, die es kraft der Gesetzgebung zu einem andern Gut, insbesondere zu einem andern Edelmetall hat, ist der Grundirrtum des Bimetallismus. Er geht hervor aus der falschen Anschauung, als ob die Geldware im Gegensatz zu den übrigen Waren nur

gefördert, nur beschafft zu werden brauchte, um ohne weiteres Käufer zu haben. Beides ist grundfalsch, und diese beiden Behauptungen sind die Cardinal-Lüge des bimetallistischen Systems.

Seinen Eintritt in den Verkehr macht das Geld stets nur als Ware. Dieser Umstand, den besonders Karl Marx, dessen Geldlehre unangreifbar ist, so entschieden betont hat, wird neuerdings viel zu sehr außer Acht gelassen. Nicht nur, daß der Bergwerksbesitzer an der Förderung von einem Pfund Gold oder Silber je nach den Förderungskosten Gewinn oder Verlust erzielt, in diesem Sinne also für ihn das Edelmetall eine Ware ist, unterliegen auch Silber und Gold wie jedes andere Bergwerksproduct der Nachfrage auf dem Markt. Wie es aber bestimmt keinem vernünftigen Menschen einfallen wird, sich einige tausend Tonnen Kupfer zu kaufen, für die er keine Verwendung hat, so wird kein wohlberatener Staat Güter hingeben, um Edelmetalle zu Prägungszwecken anzukaufen, wenn sein Verkehr mit Geld hinlänglich gesättigt ist. Ein Staat kann ja Geld gegen Waren eintauschen; aber er kann kein Bedürfnis nach Geld schaffen, er kann nicht das eingehandelte Geld, soweit es nicht im Verkehr werbend wird, ertragsfähig machen; künstlich über den Bedarf hinaus vermehrte Geldmittel sind kein Zuwachs am Nationalvermögen, sondern ein Verlust. Wir haben dafür in der neuesten Zeit sprechende Beispiele: England hat seit Jahr und Tag keine neuen Goldausprägungen vorgenommen und befindet sich, weil es für seinen Verkehr in hinreichender Menge Geld besitzt, wohl, hat sogar bedeutende Summen außer Landes geschickt, ohne daß sein durchschnittlicher Discontsatz nach oben angezogen hätte; America hat seit sieben Jahren (Februar 1878) dem Bland-Gesetz entsprechend jährlich für

etwas über 24 Millionen Dollars Gold zum Einkauf von Silberbarren ausgegeben, die zu gesetzlichem (Standard-) Zahlungsgeld ausgeprägt wurden. Diese Ausprägungen dürften heute über 800 Millionen Mark betragen. Obschon nun diese 800 Millionen Mark gesetzliches Zahlungsgeld sind, ist es trotz aller erdenklichen künstlichen Mittel, welche die Vereinigte-Staaten-Regierung angewandt hat, nicht möglich gewesen, dieses Geld in den Verkehr zu bringen. Es liegt nutzlos in eigens dazu gebauten Gewölben, bringt nicht nur wirtschaftlich keinen Nutzen, sondern verschlingt die enormen Zinsen und die nicht unbeträchtlichen Kosten der Aufbewahrung. Es muß dem im Grundsatz bimetallistisch gesinnten deutsch-französischen Münzschriftsteller Ottomar Haupt als ein Verdienst angerechnet werden, daß er unbefangen genug war, die etwa 400 Millionen Mark betragenden Silber-Certificate, die in den Verkehr gebracht wurden, in ihrer wahren Eigenschaft als zwar schlecht, aber doch vollgedecktes Papiergeld, nicht aber als Silberdollars zu erklären; sodaß, wie er darthut, durch diese Silber-Certificate für den Wert der Bland-Dollars nichts bewiesen ist. Wollte man aber auch gelten lassen, daß die 400 Millionen Mark Silber-Certificate, die ja über mindestens je 10 Dollars lauten und zu einem großen Teil im Schatzamt liegen, wirtschaftlich als Silbergeld anzusehen wären, so blieben noch reichlich 400 Millionen Mark völlig nutzlos und unverwendet liegen, die jährlich mindestens 20 Millionen Mark Verlust an Zinsen und Aufbewahrungskosten verursachen.

Das Geld ist ein totes Gut, kein werbendes, wenn es nicht zum Güterumtausch dient. Hätten die Münzpolitiker der Vereinigten Staaten die 800 Millionen Mark, die sie für nutzlose Silberankäufe verausgabt haben, dazu verwandt, die erwerbenden Classen zu unter-

stützen, etwa Erfindungsprämien auszuteilen oder Schiff- fahrtslinien zu unterstützen, Eisenbahnen zu bauen, Zölle von Rohproducten aufzuheben, so hätten sie dem Lande wirtschaftlichen Nutzen gebracht, jetzt schädigen sie es jährlich um 20 Millionen Mark wegen Befolgung einer Irrlehre in der Währungsfrage.

Das ist der thatsächliche Erfolg des Versuchs, Geld über den Bedarf hinaus durch die Gesetzgebung zu schaffen: in America ist er allseitig in seiner Thorheit erkannt und verurteilt, uns aber sollte er mindestens abschrecken, denselben Irrweg zu wandeln.

Unter den Eigenschaften, die ein Metall haben muß, wenn es sich als Geldstoff eignen soll, befinden sich zwei, die seit einiger Zeit trotz ihrer entscheidenden Wichtigkeit geflissentlich unbeachtet gelassen werden: die Kostbarkeit und die Seltenheit, die sich gegenseitig bedingen. Wenn gesagt wird, Gold und Silber seien weniger als andere Güter beliebig vermehrbar, so steht dem die viel unbedingtere Wahrheit gegenüber, daß Gold und Silber zu den Gütern gehören, die unverzehrbar, unvernichtbar sind, die, einmal gewonnen, nicht wieder verloren werden, sondern ewig sind. Sowie nun ein solches Metall sich dauernd vermehrt, schwindet seine Fähigkeit, Geld zu sein, immer mehr und besonders schnell, wenn mit der stetig zunehmenden Gewinnung der Verkehr immer weniger geldbedürftig wird, wie es namentlich in unserer Zeit in allen Culturländern durch die Zahlungsausgleichung durch Buchungen, Uebertragungen bei den Banken, Checkverkehr, Ueberweisung von Schuldverschreibungen und Inhaberpapieren und vieles andere der Fall ist. So war es naturgemäß, daß unter Verhältnissen, in denen die Barsendung von größern Gewichtsmengen Goldgeld fast eine Seltenheit ist, das Silber zu größern Gelddiensten völlig

unbrauchbar wurde. Nicht der Mangel an Gold, der so viel behauptet wird, aber in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, sondern der Ueberfluß an Silber hat letzteres zu Geldzwecken in großem Umfang bei den Culturvölkern unbrauchbar gemacht, seine Entwährung zur Folge gehabt, keineswegs die Gesetzgebung, die zum Teil, wie in America, hinter den Thatsachen zurückgeblieben ist oder ihnen entgegenzuarbeiten versucht; freilich vergebens: je mehr Silber gewonnen wird, um so weniger wird es sich zu Geldmetall eignen, um so schneller wird es den Weg des Kupfers gehen und entwährt werden, weil es entwertet ist.

Die bimetallistische Theorie und der lateinische Münzbund.

Die Lehre der Doppelwährung ist folgende:

wenn eine Gesetzgebung (zweier oder mehrerer großen Staaten) bestimmt, daß zwei Edelmetalle in einem gewissen Wertverhältnis zu einander gleichberechtigt und unbeschränkt die gesetzliche Zahlkraft haben sollen und dementsprechend auch für Privatrechnung an den staatlichen Münzen ausgeprägt werden, so wird dieses Wertverhältnis zwischen den beiden Metallen wie in dem engern Währungsgebiet, so auch auf dem Weltmarkt gelten.

Diese Behauptung, die der Vernunft so entschieden widerspricht, wird gleichwohl darum aufgestellt, weil vorgeblich die lateinische Münzconvention den thatsächlichen Beweis ihrer Richtigkeit geliefert habe.

Zunächst ist es ein Widersinn und eine Unmöglichkeit, daß zwei Metalle, deren Förderungsbedingungen grundverschieden sind, zwangsweise auf gleicher Preishöhe sollen gehalten werden können. Silber und Gold können jedes je nach der culturellen Entwicklungsstufe eines Landes

Währungsgeld sein, aber entweder ist es das Silber oder das Gold, in welch letzterm Fall Silber als Scheidegeld dient. Silber paßt für gewisse Länder (Asien, Südamerica) als Währungsgeld, wo Gold nicht passen würde, und umgekehrt ist in Ländern von hochentwickelter Cultur und vorgeschrittener Buchausgleichung im Zahlungsverkehr Silber als Zahlungsgeld nicht zu gebrauchen, sondern nur Gold. Widerspricht es dem Wesen des Geldes als Wertmessers, daß es zweierlei sein könne, so widerspricht es der obersten Eigenschaft, die das Geldgut haben muß, der Kostbarkeit, daß in Ländern, welche große Summen auszugleichen haben, ein Metall Geld sei, das wie Silber in solchen Mengen gewonnen wird, daß es die Eigenschaft der Seltenheit eingebüßt hat und wegen der Größe und Gewichtsmengen, die es darstellt, unbrauchbar als Geldmetall ist. Wenn 90 000 ℳ Bargeld von Königsberg nach München geschickt werden sollen oder gar von Berlin nach New-York, so ist es keineswegs gleichgültig, ob diese Sendung ein Gewicht von 10 Centnern und einen Umfang von mehrern großen Kisten hat oder ob sie 64 Pfund wiegt und in einem kleinen Kästchen verpackt werden kann. Die oberste Anforderung, die an ein Geldmetall gestellt werden muß, daß es im Verhältnis zu dem Verkehr, dem es dient, kostbar, teuer sein muß, läßt in den Culturstaaten das Silber als unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel schlechterdings nicht mehr zu, die Gesetzgebung möge das vorschreiben oder nicht. Das hat die Erfahrung, die America mit seinen Bland-Dollars gemacht hat, ausgiebig und unwiderspreclich bestätigt.

Es wird aber auch gar nicht möglich sein, daß die Gesetzgebung den Wert zweier Edelmetalle zu einander auch auf dem Weltmarkt dauernd bestimmen kann. Heute steht Silber im Wertverhältnis zu Gold wie etwa 20 : 1;

20 Pfund Silber sind so teuer wie ein Pfund Gold. Nun sagen die Verfechter der Doppelwährung, wenn mehrere Staaten, etwa Deutschland, Frankreich und Nordamerica, sich zusammenthäten und einen Vertrag machten des Inhalts, daß in ihrem Gebiet nach Belieben mit $15\frac{1}{2}$ Pfund Silber oder mit 1 Pfund Gold eine gleiche Schuld getilgt werden könne, dann würde auch an der Bergwerksgrube und auf dem Magazin der Schmelzhütten 1 Pfund Gold nicht teurer sein als $15\frac{1}{2}$ Pfund Silber. Dieser Behauptung, die durch nichts bewiesen ist, wie gleich gezeigt werden soll, muß entschieden widersprochen werden; denn abgesehen davon, wie sehr es der Vernunft widerspricht, daß zwei Güter, von denen das eine immer reichlicher und unbeliebter wird, das andere immer seltener und gesuchter, durch eine partielle Gesetzgebung gleichen Wert behalten sollen, spricht die Erfahrung gegen die Behauptung der Bimetallisten. „Diejenigen, welche der Meinung sind, die gleiche und andauernd gleichbleibende Wertrelation zwischen Gold und Silber, wie insbesondere die von 1 : 15,5, werde auch im *Verkehr überhaupt*, im *freien Verkehr* sich überall einstellen und überall dauernd verbleiben, wenn einmal alle Staatsregierungen der Culturvölker diese Wertrelation dem Währungsgeld zugrunde legten, sind gewiß einer *Irrung verfallen*.“ So spricht sich der anerkannteste der lebenden Forscher über die rechtliche Natur des Geldes, Professor *Karl Knies* in Heidelberg, in der eben erschienenen neuen Auflage seines berühmten Werkes „Geld und Credit“ aus und er beweist den Satz unwiderleglich aus der größern Eignung des Goldes zu Geld wegen seiner größern Kostbarkeit — infolge dessen seines geringen Gewichts, sodann aus der Verschiedenheit der Entwicklung der Förderungsmengen, die beim Silber fortwährend steigen, beim Gold stetig

bleiben oder gar zurückgehen, endlich wegen der Verschiedenheit der Nachfrage nach beiden Metallen zu Verbrauchszwecken und schließlich auch aus der Erfahrung.

Heute noch wird Silber in verschiedenen Ländern geprägt, es wird in Nordamerica neben Gold geprägt, und dennoch sinkt sein Preis fortwährend und liegt das geprägte Silber zweck- und zinslos in den Staatskellern. Das einzige Beispiel, welches die Verfechter der Doppelwährung für ihre Behauptungen beibringen zu können meinen, ist die in Frankreich und später in den Staaten der lateinischen Münz-Union längere Zeit in Geltung gewesene Doppelwährung nach dem Verhältnis 1 : 15,5, während welcher Zeit dieses Verhältnis mit angeblich unwesentlichen Schwankungen auch auf dem Weltmarkt Geltung gehabt habe.

Die Thatsache ist nicht genau richtig; denn während der Herrschaft der Doppelwährung in Frankreich schwankte der Preis zwischen $59\frac{7}{8}$ und $62\frac{3}{4}$ Pence die Unze, und die Ursachen dieser Schwankung beruhten auf den veränderten Mengen der Förderung und den Nachfragen für Zwecke der Ausfuhr nach fernen Ländern. Aber selbst wenn man zugestehen wollte, daß diese Schwankung um nahezu 3 Pence vom höchsten zum niedrigsten Punct eine unwesentliche wäre, so ist der Schluß, den die Bimetallisten aus ihr ziehen, falsch; nicht, weil die französische Gesetzgebung das Wertverhältnis 1 : 15,5 angenommen hatte, galt es auch auf dem Geldmarkt, — sondern umgekehrt, weil es auf dem Weltmarkt gegolten hatte und galt, führte die französische und später die Gesetzgebung anderer Staaten es ein und *die fortbestehende Gesetzgebung war nicht imstande, dieses Verhältnis zu halten, sobald es auf dem Weltmarkt nicht mehr galt*; mit andern Worten: nicht beweist das zeitweilige Bestehen der

Wertrelation 1 : 15,5 auf dem Weltmarkt die Macht der Gesetzgebung, den Marktpreis zu bestimmen, sondern der Zusammenbruch der Doppelwährung beweist die Ohnmacht der Gesetzgebung gegenüber den Verhältnissen des Weltmarkts. Wie schon bei der ersten Einführung der Relation 1 : 15,5 in Frankreich durch königliche Verordnung (im Jahre 1785) das Silber darum etwas schlechter gestellt wurde, als es in Wirklichkeit stand, weil man dem Abströmen des Goldes ins Ausland vorbeugen wollte, so hat man aus derselben weisen Erwägung bei dem spätern gesetzlichen Feststellen der Währung diese Relation beibehalten. Dennoch stellte sich, wie Soetbeer ausführt, seitdem die Wertrelation bald noch mehr zugunsten des Goldes und hat meistens die Norm von 15,5 überschritten. „Die Gründe für den höhern Stand des Goldes dürften hauptsächlich in den Kriegszuständen bis zum Jahre 1815 und in der außerordentlichen Ergiebigkeit der mexicanischen Silberminen bis 1810 bei gleichzeitigem starken Rückgang der brasilianischen Goldgewinnung zu suchen sein. Nach hergestelltem allgemeinen Frieden veranlaßte darauf die Wiederaufnahme der Barzahlungen in England auf der Grundlage der reinen Goldwährung eine starke Nachfrage nach Gold, wodurch die Wertrelation zugunsten desselben bis nahezu 1 : 16 stieg. Von da an bis zum Jahre 1850 ist die durchschnittliche jährliche Wertrelation zwischen 1 : 15,95 und 1 : 15,62 geblieben, sodaß auch für diesen Zeitraum eine gewisse Stabilität bestanden hat. Ein Sinken des Goldes fand in den Jahren statt, in denen England besonders großer Getreidezufuhren bedurfte, welche durch Goldrimessen nach dem Continent bezahlt wurden. Daß im allgemeinen der Wert des Goldes in dieser Periode nicht höher stieg, wird mit der Einwirkung der vermehrten russischen Goldproduction zuzuschreiben

sein, welche einen höchst erwünschten Ersatz für die Abnahme der Goldzuflüsse aus Brasilien, Chile und Neugranada brachte.

„Durch die Entdeckung und Ausbeutung der californischen und australischen Goldfelder wurden die Productionsverhältnisse der beiden Edelmetalle völlig umgestaltet, indem nunmehr dem Wert nach auf Gold etwa zwei Dritteile und auf Silber nur ein Dritteil kam, während es vorher umgekehrt gewesen war. Da außerdem um die nämliche Zeit die Silberversendungen nach Ostasien bedeutend stiegen, so lag nichts näher als die Erwartung einer unausbleiblichen Entwertung des Goldes gegenüber dem Silber. Eine Schrift des bekannten französischen Oekonomisten Michel Chevalier, welche von Cobden ins Englische übersetzt wurde, entwickelte diese Ansicht. Und bis zu einem gewissen Grad trat allerdings zunächst eine Wertverminderung des Goldes ein. Der Silberpreis, der im Durchschnitt der Jahre 1831—1850 nur 59¾ P. gewesen war, stieg im Jahre 1859 bis 62¾ P. und zeigt im Durchschnitt der Jahre 1851—1870 einen Stand von 61¼ P. Die hauptsächliche Ursache des damaligen Steigens des Silbers war aber nicht die Ueberfülle des neu gewonnenen Goldes, sondern die ostindische Handelsbilanz, welche namentlich während des americanischen Secessionskrieges eine stärkere Nachfrage nach Silber herbeiführte. Daß der Preis des Silbers nicht noch beträchtlich höher stieg, hatte seinen Grund bekanntlich in der Doppel- oder richtiger der Alternativwährung der Länder des Frankfystems, wonach ein großer Teil des vielen neuen Goldes in Paris und Brüssel ausgemünzt und dagegen dortiges Silbercourant in Masse eingeschmolzen wurde. In den Jahren 1851—1870 sind über 6000 Millionen Franken in Gold ausgeprägt worden. Seit dem Jahre 1867 bis 1872 hielt

sich die durchschnittliche Wertrelation im allgemeinen um ein ganz geringes höher zugunsten des Goldes als 15,5 : 1. Von 1873 an begann dieselbe in dieser Richtung weiterzuschreiten. Es ist eben diese Thatsache, welche an den Vorgang der Jahre 1620—1650 erinnert (in welcher Zeit gleichfalls ein bedeutender Rückgang des Silberpreises, nämlich von dem Verhältnis 1 : 12 auf das Verhältnis 1 : 14 stattfand) und die seitdem in so hohem Grad das Interesse der Regierungen, der Oekonomisten und der Geschäftsleute in Anspruch nimmt und ohne Unterbrechung öffentliche Verhandlungen jeder Art und die mannigfachsten Publicationen in fast unübersehbarer Reihenfolge hervorgerufen hat."

Diese wörtliche Darstellung **Soetbeers** in seinen „Materialien zur Währungsfrage" betont vielleicht den Einfluß der französischen Doppelwährung immer noch zu stark, aber sie stellt fest, daß trotzdem jede wesentliche Aenderung in dem Productions- und Marktverhältnis der beiden Edelmetalle auf den Preis erkennbar einwirkte und daß der Preis nie lange gleich war. Wenn nach dem Jahre 1810 der Silberpreis sank, so lag das an der Mehrproduction von Silber und an dem Rückgang der Goldgewinnung; wenn der Silberpreis im Jahre 1859 bis auf 62³/₄ P. stieg, so lag das unzweifelhaft hauptsächlich an der damaligen außerordentlichen Zunahme der Goldproduction, mag auch die indische Handelsbilanz dazu kommen und die französische Doppelwährung mildernd eingewirkt haben. Wenn während dieser kritischen Epochen die Doppelwährung dennoch zwar schwankte, aber immerhin aufrechterhalten wurde, so lag das daran, daß im ersten Fall die ungünstigen Marktverhältnisse für das Silber und im zweiten diejenigen für Gold nur kurze Zeit andauerten. Die Goldgewinnung ging in den sechziger Jahren alsbald wieder zurück, die

Silberproduction stieg, und so wie sich herausstellte, daß dieses Verhältnis in naher Zeit eine Aenderung nicht erfahren werde, da fiel trotz der bestehenden gesetzlichen Doppelwährung in der lateinischen Union der Silberpreis unaufhaltsam. Demgegenüber stellte Frankreich die freie Prägung ein, die Doppelwährung hatte die Ohnmacht eingestanden.

Wenn es wahr wäre, daß bei bestehender Prägefreiheit in einem Doppelwährungsverein die Preisrelation auf dem Weltmarkt nicht geändert werden kann, so müßte die Doppelwährung heute noch bestehen und jederzeit zwischen den Ländern, die sie hatten, wieder aufgenommen werden können. Den Versuch hat aber Frankreich mit seinen Münzverbündeten noch nicht gewagt.

Wenn aus der Geschichte der Doppelwährung in Frankreich und den mit ihm verbündeten Staaten für die Geldlehre ein Schluß gezogen werden muß, so kann es ehrlicherweise nur der sein, daß **gegenüber den durch die Mengen des Angebots und die Stärke der Nachfrage bedingten Verhältnissen des Markts die Gesetzgebung selbst größerer Staatengebiete ohne Macht ist, den Preis zweier Edelmetalle festzuhalten.**

Was erstrebt der heutige Bimetallismus und was würde er erreichen?

Die ehrlichen Bimetallisten müssen zugeben, daß Deutschland, wenn jetzt die Doppelwährung auf dem Verhältnis 1 : 15,5 eingeführt würde, hierdurch keinen Pfennig Umlaufsmittel mehr erhielte, als es zur Zeit besitzt, da seine Goldmünzen nach diesem Verhältnis zu den Silberthalern ausgeprägt worden sind; wohl aber hätte Deutschland die 44 oder (nach bimetallistischer Berechnung) gar 72 Millionen Mark, die es an den Silberverkäufen verloren hat, unwiederbringlich als Verlust anzuschreiben. Woher für Deutschland durch Einführung der Doppelwährung nach dem alten Verhältnis ein Gewinn, eine Geldvermehrung kommen sollte, hat noch kein Mensch nachzuweisen versucht. Würde das jetzt auf dem Weltmarkt geltende Verhältnis 1 : 18 oder richtiger 1 : 20 angenommen, so müßte Deutschland seine Thaler umprägen, grade wie das die übrigen Länder mit ihren schweren Silbermünzen thun müßten, und der Nennwert unseres Geldes würde um viele Millionen Mark verringert werden, wie das ebenso in Frankreich und Nordamerica der Fall sein müßte. Bei dieser Grundlage der Doppelwährung würde also grade das Gegenteil dessen erreicht werden, was die Doppel-

währungsleute erstreben und versprechen. Sie sind denn auch angesichts der unanfechtbaren Zahlen[1]) von der Behauptung zurückgekommen, daß die Einführung der Doppelwährung allein und an sich Deutschland im Vergleich zu den übrigen Ländern besser stellen würde, sie behaupten nur noch, durch Wiedereinsetzen des Silbers in seine frühere Rolle als Währungsmetall werde ein großes Einströmen von Geld in alle großen Verkehrsgebiete stattfinden, wodurch das Geld reichlich werden, sich der Industrie und Landwirtschaft andrängen und die Preise aller Verzehrsgegenstände steigern würde. Man erwartet von der künstlichen, durch die Gesetzgebung zu beschließenden Wiedereinsetzung des Silbers in seine angeblichen natürlichen Geldrechte einen allgemeinen Geldüberfluß und im Gefolge desselben eine große Preissteigerung; das, was man einst „wirtschaftlichen Aufschwung" genannt hat.

Diese Hoffnung ist eine irrige, wenn nicht etwa beabsichtigt wird, anstatt der Doppelwährung einfache Silberwährung einzuführen, und zwar eine unterwertige Silberwährung. Und auf letztere scheint es in der That abgesehen zu sein. Wenn Deutschland nach Einführung der erstrebten Doppelwährung sein Gold behalten sollte, so wird es, falls die Bimetallisten recht haben mit der Behauptung, daß die gesetzliche Währungsrelation 1 : 15,5 auch das gleiche Marktverhältnis zur Folge haben würde, um keinen Pfennig mehr Geld haben als jetzt; es wird auch auf dem Weltmarkt kein Geld finden als dasjenige,

1) In meiner Schrift „Währungs- und Wirtschaftspolitik, Köln, 1885," habe ich ziffermäßig nachgewiesen, wie ungünstig durch Einführung der Doppelwährung Deutschlands Geldmittel im Vergleich zu den Haupt-Concurrenzländern Frankreich, Nordamerica, Indien verändert werden würden.

für welches es Waren hergeben kann, und das wird dann — sei es Silber oder Gold — ebenso teuer sein, als heute das Gold ist. Die Vermehrung des Geldumlaufs wird nach wie vor eine Folge der bessern Handelsbilanz sein; wir können unser Geld nur vermehren, wenn wir mehr ans Ausland verkaufen können, als wir vom Ausland kaufen. Es wird niemandem einfallen, bei den Silberbergwerken Silber zu kaufen, wenn er keine Verwendung dafür hat, und wenn die Doppelwährung den Gehalt unseres Geldes nicht verringert, so ist nicht einzusehen, wie sie die Preise steigern soll; die Goldwährung hat ja die Preise auch nicht zu drücken vermocht, wie die Bimetallisten fast ausnahmslos zugestehen.

Da wegen der Folgen, welche die Einführung der Doppelwährung hätte, man auf beiden Seiten nur Vermutungen hegen kann, so muß auch die Möglichkeit in Erwägung gezogen werden, daß sie zu einer Geldverschlechterung führe. Das wäre dann der Fall, wenn die Relation, welche die Gesetzgebung einführte, dem Silber günstiger wäre als die, welche der Markt zeigte. Die Bimetallisten wollen nur dann die Doppelwährung einführen, wenn die frühere Relation 1 : 15,5 angenommen würde. Bei dieser Relation würde noch immer kein Silber geprägt werden oder doch wenigstens nicht in den Verkehr gebracht werden können, wenn es nicht an den öffentlichen Cassen gegen Ersatz der Prägekosten auch für Privatrechnung ausgeprägt würde. In diesem Fall würden alsbald ungeheure Mengen Silber an die Münzen gelangen, und wenn die Silbermünzen gesetzliches Geld wären, würde sofort jedes neben den Doppelwährungsländern noch bestehende Goldwährungsland das Gold aus den Doppelwährungsgebieten an sich nehmen, da dort nur mit Gold bezahlt werden könnte. Bei der unleugbar größern Ge-

eignetheit des Goldes zu umfangreichern Zahlungen würde sehr bald dieses mit einem Aufgeld bezahlt werden; das heißt aber nichts anderes, als die Doppelwährung mit freier Prägung würde sofort in Silberwährung ausschlagen. Dann wären die neuen 3 M. weniger wert als die alten 3 M. Gold wert waren, und es wären in Wirklichkeit alle Gläubiger nach der alten Währung betrogen. Daran sei, sagt man auf bimetallistischer Seite, so viel nicht gelegen, wenn nur die Preise stiegen. Diese Behauptung ist mehr als leichtfertig. Die Gläubiger sind zweierlei Art: einmal alle Leute, welche andern Leuten Darlehen gegen Zinsen gegeben haben, und sodann alle diejenigen Leute, welche für ihre Arbeit vertragsmäßig einen bestimmten Lohn erhalten. Die letztern sind die weitaus zahlreichsten: es sind alle Staatsbeamte, Officiere, Geistliche, Lehrer, Richter; es sind alle in Fabriken und großen Betrieben angestellte Beamte, es sind alle Leute, welche Pensionen und Renten beziehen, es sind endlich alle Arbeiter von den Werkmeistern bis zu den Bergleuten, Fabrikarbeitern, Tagelöhnern, Schneiderinnen, Näherinnen und Wäscherinnen herab; es sind die kleinen Rentner, deren Einkommen aus den festen Zinsen der Communal- und Staatspapiere besteht, die sie besitzen, es sind — soweit sie nicht Liegenschaften besitzen — die von Stiftungsgeldern erhaltenen Anstalten, Kranken-, Armen-, Waisenhäuser, Verpflegungsanstalten und dergleichen. Alle diese Classen von Menschen und Anstalten, der Kopfzahl nach die überwiegende Mehrheit im Staat, würden unmittelbar geschädigt, wenn an Stelle des jetzigen Kaufwerts der Mark ein niedrigerer träte, und sie alle wären mehr oder weniger machtlos gegen diese Schädigung. Die Besitzer von unkündbaren Wertpapieren mit festem Zinsfuß wären unmittelbar geschädigt, und wie hoch sich diese Schädigung beläuft, das zeigen die Milliar-

den von ausgegebenen Staats-, Gemeinde- und Privatanleihen. Glaubt denn im Ernst irgend jemand, die 3½- und 4procentigen Papiere blieben auf und über dem Nennwert stehen, wenn der Inhalt unserer Mark verringert würde? Das glaubt niemand, und es ist eine nicht zu entschuldigende Lücke in allen auf die große Menge berechneten bimetallistischen Schriften, daß über diese wichtigste Seite der Frage mit Schweigen hinweggegangen wird. Die Arbeiter würden sich, sobald durch die Geldverschlechterung die Preise zu steigen begännen, durch Verlangen höherer Löhne schadlos zu halten suchen, und die zahllosen Beamtenkreise würden die Gesetzgebung bestürmen, die festen Gehälter zu erhöhen. Und dieses Verlangen würde sich auf die Dauer gar nicht abweisen lassen. Wenn die Doppelwährung zu einer Preissteigerung führen soll, so muß sie eine Geldverschlechterung bewirken, und in diesem Fall muß der Staat seinen Beamten, entsprechend dem gesunkenen Geldwert, höhere Gehälter zahlen, wie jeder Privatmann und jede Erwerbsgesellschaft es gegenüber ihren Beamten wird thun müssen. Der Staat wird aber auch seine Schulden noch unmittelbar dadurch vermehren müssen, daß er seine Anleihen entweder höher verzinsen oder weit unter dem Nennwert verkaufen muß, was auf eins hinauskommt. Diese Wirkung der Doppelwährung (und sie ist ja grade beabsichtigt) würde uns eine förmliche sociale Revolution bringen und die Steuerlasten in ganz unabsehbarer Weise vermehren. Vor dem wirtschaftlichen Aufschwung, den uns die Geldverschlechterung brächte, bewahre der Himmel unser Vaterland für immer![1])

1) Wie die Socialdemokratie über die Währungsfrage denkt — streng im Sinne der Geldlehre bei Karl Marx —, darüber hat ihr Partei-Organ „Der Socialdemokrat“ längst alle Zweifel zerstört. Ich habe in meiner Schrift „Währungs- und Wirtschaftspolitik“ Seite 77 und 78 mich über diese Auslassung und die Stellung der Socialdemokraten zur Doppelwährung ausführlich geäußert. Es ist kein Zweifel, daß die Socialdemokratie aus einer Geldverschlechterung den Anlaß zu einer allgemeinen Arbeiterbewegung erhielte, deren Stillstand nur bei einer ganz bedeutenden allgemeinen Lohnerhöhung sein würde. Denn wie „Der Socialdemokrat“ sich ausdrückt, wissen die Arbeiter sehr wohl, daß „die Ware Arbeitskraft diejenige ist, welche unter der capitalistischen Productionsweise bei einer allgemeinen Preissteigerung am schlechtesten fährt“. Hier würde also die Arbeiterorganisation sicherlich nachhelfen und den Schaden ausbessern!

Die andere Sorte von Gläubigern würde sich selbst helfen können. Sie, die Besitzer von kündbaren Schuldverschreibungen, Hypotheken, Faustpfändern, würden von dem Augenblick an, da die Möglichkeit, der Geldverschlechterung in Sicht käme, die Darlehen sofort kündigen und höhere Zinsen verlangen. Welche Gefahren das für unsere Landwirtschaft und Industrie, für alle Besitzer von Liegenschaften, auf denen Schulden ruhen, nach sich zöge, das braucht nicht näher erörtert zu werden. Wer es mit der Landwirtschaft und der Industrie ehrlich meint, wird davor zurückschrecken, sie in die Gefahr zu bringen, daß ihr die Hypotheken und Darlehen gekündigt und nur zu höherm Zinsfuß wieder bewilligt würden. Diejenigen Gläubiger, die nach Meinung oberflächlicher Bimetallisten nicht geschützt zu werden verdienen, — die eben würden sich selber zu schützen wissen, — sehr zum Nachteil grade derer, welche jetzt die Doppelwährung so leidenschaftlich anstreben.

Uebrigens ist es eine völlig falsche Anschauung, als seien die Schuldner, die durch eine Münzverschlechterung Vorteil hätten, die armen geplagten Existenzen, denen man den Vorteil wahrlich gönnen sollte. Es sind umgekehrt die allermächtigsten wirtschaftlichen Factoren, die wir haben: es ist der Staat, es sind die großen Gemeindeverbände, Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften, die

Krupp, die Henckel-Donnersmarck, die großen Fideicommiß-herrschaften, welche unkündbare Anlehen zu festem Zinsfuß aufgenommen haben.

Würde nun wenigstens durch die Doppelwährung erreicht werden, daß die Concurrenz des Auslandes auf dem Gebiet der Industrie und der Landwirtschaft erschwert würde? Die Bimetallisten behaupten: ja; aber auch hier steht wie allenthalben bei ihnen eine Behauptung, ohne daß der Beweis erbracht wird. Schriftsteller, welche das Wohl der Landwirtschaft im Auge zu haben meinen, wenn sie die Doppelwährung empfehlen, weisen darauf hin, daß Rußlands Landwirte heute und weil dort der Rubel von 3 ℳ auf 2 ℳ Wert gesunken ist, in die günstige Lage gekommen seien, in Deutschland einen aufnahmefähigern Markt zu haben, als es wäre, wenn der Rubel 3 ℳ wert wäre oder wenn die deutsche Mark statt, wie jetzt einen halben Rubel zu gelten, nur einen drittel gelten würde. Es leuchtet nun ein, daß wir in Deutschland gar nicht verhindern können, daß Rußland seine Valuta noch immer mehr verschlechtert, das könnten wir selbst dann nicht, wenn Rußland dem Doppelwährungsbund beiträte. Griechenland hat, obschon Mitglied des lateinischen Münzbundes, die schlechteste Währung in Europa: Papiergeld mit Zwangscurs und gar kein Metall. Es bliebe also nur der eine Weg: daß wir jede Münzverschlechterung des Auslandes aus freien Stücken ohne weiteres mitmachten. Damit wären wir aber sofort bei der Papierwährung angelangt. Was von jeher und allgemein als das größte wirtschaftliche Unglück eines Landes angesehen wurde: wenn es mangels wirklichen Geldes mit Papierscheinen bezahlte, deren Curs von der Meinung bestimmt wird, welche die Börse von der äußern und innern Lage dieses Landes hat, das geben die Bimetallisten teils in der Sache und als

die Consequenzen ihrer Behauptungen zu, teils sagen sie es grade heraus. Die schlechte russische und indische Valuta — so behaupten sie — schädigt die deutsche Landwirtschaft. Wohlan, prüfen wir, ob der russische Bauer billiger produciren und besser nach Deutschland verkaufen könnte, wenn unsere Mark nur einen drittel Rubel wert wäre und nicht einen halben. Der russische Bauer kann heute 100 kg Weizen für 8 Rubel — ich nehme runde Ziffern — nach Odessa liefern. Zu diesem Preise kann der deutsche Händler dort kaufen, weil er für die 8 Rubel 16 ℳ aufzubringen hat und in Deutschland einen Preis erzielt, der ihm noch einen kleinen Nutzen läßt. Wie wäre es nun, wenn der deutsche Käufer, um den Händler in Odessa für 8 Rubel zu befriedigen, nicht 16, sondern 24 ℳ aufbringen müßte? Auf den ersten Anblick scheint es, als wenn dann der Einkauf in Odessa nicht möglich wäre. Fragt man aber, was geschehen müßte, um den Rubel von 2 ℳ auf 3 ℳ Wert zu erhöhen, so ergibt sich sofort, daß nach wie vor der russische Markt dem deutschen Käufer gleich bequem sein würde. Wenn die deutsche Mark im Wert so tief sänke, daß ihrer drei für den russischen Rubel bezahlt werden müßten, so wäre die Folge davon bei uns im Inland eine Steigerung der Preise um die Hälfte, von 2 ℳ auf 3 ℳ. Das wird von den Bimetallisten zugegeben, und nur wegen dieser Preissteigerung verlangen sie die Geldverschlechterung. Der Weizen, den der deutsche Bauer jetzt zu 18 ℳ für 100 kg verkauft, den könnte er, um gegen den jetzigen Preis nicht schlechter zu fahren, später nur zu 27 ℳ abgeben. Aus eben demselben Grund würde der deutsche Händler bei so veränderten Geldverhältnissen mit demselben Nutzen für sich statt der 16 alten Mark 24 neue in Odessa für den russischen

Weizen bezahlen und ihn mit Nutzen nach Deutschland einführen können.

Daß die Schlechtigkeit der Währung eines Landes von gar keinem Einfluß auf seine Exportfähigkeit nach Ländern mit besserer Währung ist, geht im übrigen schlagend aus der Thatsache hervor, daß die Hauptconcurrenten der deutschen Landwirtschaft, Oesterreich-Ungarn und Rumänien, Rußland, Indien, Nordamerica, Australien, die allerverschiedensten, und zwar alle überhaupt existirenden Währungen haben und bei ihrer Gefährlichkeit für die deutsche Landwirtschaft kein Unterschied vorhanden ist, ob das betreffende Land Papier-, Silber-, Doppel- oder Goldwährung hat.

Wenn nun auch noch gesagt wird, die Einführung der Doppelwährung in einem größern Staatengebiet werde alsbald die Annahme dieser Währung in allen Culturländern zur Folge haben, so ist das wieder eine Behauptung, für die durchaus jeder Beweis fehlt. Wenn die Bimetallisten mit ihren Berechnungen von den voraussichtlichen Goldvorräten zu Münzzwecken recht haben, so ist es unmöglich, die Doppelwährung in der ganzen Culturwelt einzuführen, weil viel zu wenig Gold vorhanden ist. Angenommen aber einmal, alle Culturländer und großen Exportländer hätten die gleiche Doppelwährung: was wäre damit erreicht? Die Länder mit geringerer Cultur und entsprechend niedrigen Arbeitslöhnen, also zunächst Rußland und Indien, erhielten ein außerordentliches Uebergewicht über die Länder mit höherer Cultur und entsprechend höhern Arbeitslöhnen, und die deutsche Landwirtschaft würde die Wahrheit alsbald sehr bitter empfinden, die der Hauptanwalt der Doppelwährung, Herr Dr. Arendt, in seiner Hauptschrift ausgesprochen hat, daß eine allgemeine Doppelwährung eminent freihändlerisch wirken würde.

Deutschlands Münzpolitik.

Wenn eine Doppelwährung überhaupt noch möglich ist, so muß sie entweder nur möglich sein, wenn es gar keine reinen Goldwährungsstaaten mehr gibt, oder sie muß auch möglich sein, wenn Deutschland, das nie Goldwährung gehabt hat, bei der Goldwährung verbleibt. Entweder ist die Doppelwährung gar nicht mehr möglich oder sie ist nur möglich mit England, oder ist auch möglich ohne England und Deutschland; wie sie ja früher ohne diese beiden Länder bestand.

Neuerdings erklären die deutschen Bimetallisten, auch ohne England müsse Deutschland zur Doppelwährung übergehen. Damit erklären dieselben Männer, die zur Bekämpfung der Alleinherrschaft des englischen Handels, der englischen Industrie, der englischen Schiffahrt die Gesetzgebung des Reichs aufgeboten haben, dieselbe Gesetzgebung müsse durch Zerstörung der deutschen Goldwährung Englands Geld die Alleinherrschaft auf der Welt sichern. Deutschlands Industrie, Handel, Schiffahrt sollen neben England ihr Teil in der Welt verdienen können, nur das

deutsche Geld soll nichts verdienen dürfen und vor dem englischen abdanken. In dem Augenblick, da Deutschland seine Goldwährung aufgibt, verschwindet der Mark-Wechsel aus dem Geldverkehr und überläßt dem Pfund Sterling-Wechsel die Herrschaft. Das wäre für Deutschland jährlich ein Schaden von Millionen!

Daß es vom deutschen Standpunct erwünscht gewesen wäre, wenn sich die Doppelwährung im Bereich der lateinischen Münz-Union gehalten hätte, liegt auf der Hand; Deutschland hätte dann für sein Silber, das es seit 1873 gegen Gold verkauft hat, einen bessern Preis erzielt; nachdem aber die Doppelwährung in die Brüche gegangen ist und Deutschland die Verluste an den Silberverkäufen hat hinnehmen müssen, wäre es eine Thorheit von Deutschland, wenn es seinerseits nun wieder das Silber, das es zu durchschnittlich 55 Pence verkauft hat, zu 60 wieder zurückkaufte und eine Menge americanisches noch dazu. Die Länder der großen Silbervorräte, insbesondere Frankreich und die Vereinigten Staaten, möchten haben, daß Deutschland, nachdem es die ihm von Frankreich zugefügten Verluste am Silber getragen, nunmehr ihnen diese gleichen von ihrem Silber ihnen drohenden Verluste abnähme. Dazu wird sich Deutschland nie verstehen. Wollen dagegen die ehemaligen lateinischen Conventionsstaaten mit America einen Doppelwährungsbund bilden, so kann Deutschland ihnen dies dadurch erleichtern, daß es sich verpflichtet, zunächst nur diejenigen seiner alten Thaler einzuziehen, die nach Größe und Gewicht ohnehin für den Verkehr nicht mehr tauglich sind; es wären das für rund 75 Millionen Mark, die zwischen 1750 und 1822 geprägt wurden. Diesen Vorschlag hat H. Lohren gemacht, und er ist gewiß vernünftig. Ein anderer rührt von L. Sonnemann her, der gelegentlich im Reichstag empfahl,

man könne sich den Doppelwährungsländern gegenüber, wenn diese die freie Prägung wieder aufnähmen, verpflichten, jährlich nicht mehr als eine gewisse Menge Silber, etwa 250000kg, an den Markt zu bringen. Das wäre auf den Marktpreis bestimmt ohne Einfluß. Beide Vorschläge sind praktisch und empfehlenswert. Das goldene Zehnmarkstück einzuziehen, halte ich für zwecklos. Der Verkehr wird noch lange Zeit hinaus Silbergeld bedürfen; er wird dies um so williger nehmen und behalten, je weniger künstlicher Zwang es ihm aufnötigen will. Wenn wir noch für 300 Millionen Mark Silber veräußern, so ist unsere Goldwährung durchgeführt. Wir können uns hierfür 10, wir können uns auch 20 Jahre Zeit nehmen. Des goldenen Fünfmarkstücks uns besonders anzunehmen, haben wir keinen Anlaß.

Niemand, der Vernunft und Einsicht in wirtschaftliche Dinge besitzt, konnte annehmen, daß eine so großartige wirtschaftliche Reform wie die Neugestaltung unserer Münzwährung ohne Schwierigkeiten und selbst vorübergehende Unbequemlichkeiten sich vollziehen werde; blickt man aber auf den heutigen Zustand unseres Geldwesens, auf den so niedrigen und stetigen Zinsfuß, auf den Curs unserer öffentlichen Papiere,[1]) so muß man sich Glück wünschen,

1) Es ist gesagt worden, diese glücklichen Verhältnisse verdankten wir nicht unserer Währung, sondern unserer Armee. Insofern als ohne die Erfolge der letztern wir heute wahrscheinlich Papierwährung, vielleicht Silberwährung, die Franzosen aber bestimmt Goldwährung hätten, ist das richtig; insofern es aber bedeuten soll, bei Silber- und Papierwährung ständen unsere Consols und unser Zinsfuß gleich günstig, weil unser Staat stark und der Friede gesichert ist, muß die Behauptung zurückgewiesen werden: das ist vielmehr der Goldwährung zu danken. Die Goldanleihen desselben Staats (Oesterreich-Ungarns, Rußlands) stehen unendlich höher im Wert und niedriger im Zinsfuß als die in Landeswährung lautenden, und wenn

daß es sobald zu so gedeihlichem Ziel kam, und wäre nicht die Unzufriedenheit und die Aufregung künstlich in weitere Schichten getragen worden durch Versprechungen, die nie erfüllt werden können: die Doppelwährung würde in Deutschland keine hundert Anhänger zählen.

---

die Sicherheit eines Staats nach außen die Curse seiner Consols und den Zinsfuß im Land bestimmt, müßten Rußlands Staatspapiere den höchsten Curs verzeichnen und Rußland den niedrigsten Zinsfuß haben. Es ist aber bekanntlich anders.

End-Ergebnis.

Wenn wir das Ergebnis der angestellten Untersuchungen zusammenfassen sollen, so wird sich als dasselbe folgendes aufstellen lassen:

es hat sich seit etwa zehn Jahren bei vielen wichtigen Verkehrsgütern ein erheblicher Preisrückgang eingestellt; derselbe betrifft nicht alle Waren und ist in verschiedener Stärke aufgetreten; am empfindlichsten bei den Erzeugnissen des Bergbaues und Hüttenwesens und bei den meisten Getreide-Arten und den landwirtschaftlichen Producten, mit Ausnahme der tierischen; —

dieser Preisrückgang ist erklärlich aus der stetig gestiegenen Production infolge Verbesserung der Förderungsmittel, Erweiterung der industriellen Anlagen, Vereinfachung des Markts und Verminderung der Transportkosten; es gibt einige Mittel, dem weitern Preisrückgang Einhalt zu thun durch Zollmaßregeln gegenüber dem unter günstigern Verhältnissen producirenden Ausland und durch bessere Organisirung der Producenten gegenüber dem kaufenden Capital zum Zweck der Preiserhaltung; —

einen Einfluß der deutschen Goldwährung auf den Rückgang der Preise nachzuweisen, ist bisher nicht gelungen, und alle angesehenen bimetallistischen Schriftsteller — selbst solche, die der den Thatsachen widerstreitenden Quantitätstheorie huldigen — haben ausdrücklich anerkannt, daß die Einführung der Goldwährung in Deutschland zu einem Preisrückgang und zu einer Geldverteurung nicht geführt hat; der Annahme, daß die deutsche Goldwährung an den verschiedenen Preisrückgängen schuld habe, stehen die Thatsachen gegenüber, daß die Preisrückgänge nicht allgemein waren, sondern bei jeder Warengattung verschieden, daß insbesondere die eigentlichen Geldwertmesser, Löhne und Mieten, nicht gefallen, sondern gestiegen sind, während der Zinsfuß fiel und stetig wurde, daß ferner die Länder mit Papier-, Silber- und Doppelwährung unter denselben Preis-Uebelständen leiden wie die Länder mit Goldwährung; daß endlich die Goldwährung bei uns nicht zu einer Verminderung, sondern zu einer beispiellosen Vermehrung der Umlaufsmittel geführt hat; —

der bedeutende Rückgang im Preise des Silbers erklärt sich vollständig aus denselben Ursachen wie der des Kupfers und fast sämtlicher Metalle; die geringere Verwendung des Silbers zu Geldzwecken ist die Folge seiner Entwertung wegen der gesteigerten Gewinnung, durch welche das Silber die unerläßlichste Eigenschaft eines jeden Geldmetalls, die Seltenheit und darum Kostbarkeit, verlor, (wie vordem das Kupfer sie verloren hatte) und in Staaten mit hoher Cultur und bequemen Verkehrs- und Zahlungsmitteln als Geldmetall untauglich wurde; —

gesetzliche Maßnahmen vermögen das Silber nicht in einem höhern Maße zum Zahlungsmittel zu machen, als der Verkehr dessen benötigt; die Gesetzgebung kann Geld schaffen, aber kein Bedürfnis zum Ankauf von Geld, das

seinen ersten Weg in den Verkehr als Ware, für welche Bedarf vorhanden ist, machen muß; alles wirkliche Geld, welches zum Erwerb von vermeintlichem Geldmetall ausgegeben wird, für welch letzteres aber kein Bedarf vorhanden ist, bedeutet keinen volkswirtschaftlichen Gewinn, sondern einen wirklichen Verlust; —

eine Preissteigerung durch münzpolitische Maßnahmen ist nur dann möglich, wenn letztere in einer Verschlechterung der Münzstücke, der Münzeinheit, bei gleichbleibender gesetzlicher Zahlungskraft (liberatorischer Kraft) bestehen; diese Maßnahmen wären eine Uebervorteilung aller Gläubiger zu gunsten der Schuldner; unter den Gläubigern befinden sich die meisten der wirtschaftlich schwachen Existenzen, insbesondere die Beamten und Arbeiter, unter den Schuldnern die wirtschaftlich stärksten, vorab der Staat und die großen Gemeinwesen und Erwerbsgenossenschaften; eine Geldverschlechterung, die zu einer Preiserhöhung führen würde, müßte die größten socialen Gefahren in sich bergen und verderbliche Umwälzungen im Gefolge haben; —

die Concurrenz des Auslandes auf unserm landwirtschaftlichen und industriellen Markt würde selbst durch eine solche revolutionäre Münzpolitik nicht verhindert, noch im mindesten erschwert werden können; —

die in Frankreich in Kraft gewesene Doppelwährung konnte sich infolge besonders günstiger Verhältnisse auf dem Edelmetallmarkt längere Zeit annähernd, nie völlig im Einklang mit dem Preise von Gold und Silber auf dem Weltmarkt erhalten: als aber die Production des einen der beiden Metalle, des Silbers, dauernd stieg, die des andern nicht, da versagte die Kraft der Doppelwährung trotz ihrer gesetzlichen Sanction; die neue deutsche Münzwährung ist nicht schuld am Bankerott der lateinischen Münzconvention; —

wenn die Staatenvereinigung zum Zweck der Doppelwährung überhaupt möglich ist, so muß sie auch möglich sein ohne England und Deutschland, welche beiden Staaten ihr überhaupt nie angehört haben; Deutschland würde durch Beitritt zu einem Doppelwährungsbunde seine Münzverhältnisse den übrigen Staaten gegenüber nur verschlechtern, während die der übrigen auf Unkosten Deutschlands verbessert würden; wollen einige Staaten den Versuch machen, die Doppelwährung bei sich einzuführen, so mag Deutschland seinerseits diese Versuche wohlwollend unterstützen, seine Währung aber auf Grundlage der bestehenden Gesetzgebung ohne Ueberstürzung vollenden.

Die Münzfrage ist keine politische, sondern eine wirtschaftliche; ist Deutschland wie eine politische so auch eine wirtschaftliche Großmacht, so wird es seine Goldwährung behaupten und vollenden; ist es wirtschaftlich eine Macht zweiten Ranges, so wird es sie verlieren, ohne daß eine wahnsinnige Gesetzgebung sie ihm künstlich zu nehmen brauchte; ich halte Deutschland auch wirtschaftlich für eine Großmacht und bin meinesteils wegen seiner Währung unbesorgt.

END OF
TITLE